:antifaschistische nachrichten

Nr. 1

g 3336 13.1.2005 21. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Schönhuber wird „Berater“ der NPD

Franz Schönhuber stellt sich der NPD als „medien- und europapolitischer Berater“zur Verfügung. Der Mitgründer und frühere Vorsitzende der „Republikaner“ und der NPD-Chef Udo Voigt vereinbarten bei einem Treffen am 3. Januar 05 im bayerischen Kreuth die künftige Zusammenarbeit, wie die NPD mitteilte.

An dem Treffen nahmen auch Sascha Roßmüller vom NPD-Parteivorstand und das Bundesvorstandsmitglied der „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GFP) Wolf Lehner teil. Schönhuber hatte bereits in den letzten Monaten eine kritische Haltung gegenüber dem Abgrenzungskurs der Republikaner-Parteiführung unter Rolf Schlierer erkennen lassen, mit dem die REP-Spitze jede Zusammenarbeit mit NPD und DVU ausschließen will. Im September 2004 hatte Schönhuber als Ehrengast an einer Veranstaltung des REP-Bezirksverbandes Südwürttemberg teilgenommen, mit der die regionale REP-Organisation ebenfalls die Nähe zur braunen „Volksfront“ aus NPD und DVU suchte.

Schönhuber ließ in Kreuth laut NPD-Mitteilung erkennen, dass er sich der NPD nicht anschließen wolle, sie aber „in medien- und europapolitischen Fragen“ beraten wolle. Die Partei kündigte weitere Gespräche an, um „parteiunabhängige Fachleute aus Deutschland und Europa“ zu gewinnen.

Mit dieser Kooperation kann die NPD einen weiteren Erfolg im Rahmen ihrer „Volksfront“-Strategie verbuchen, die deutschnationale und rechtsradikale Strömungen mit militanten Neonazis aus der Szene der „Kameradschaften“ unter einen Hut bringen will. Im Dezember hatte die NPD-Führung klargestellt, dass frühere Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen Neonazis wie Christian Worch nicht mehr gültig seien.

kun - Quelle: www.idgr.de vom 3. Januar 2005 ■

Inhalt:

Schöner leben ohne Nazis 6
Des Teufels gefragter Generalmajor 8
Frankreich: Antidiskriminierungsgesetz gegen Homophobie verabschiedet . .11

Neue Bündnis-partner?

Das Innenleben einer „normalen“ Deutschen Partei

Bei der erzreaktionären Deutschen Partei hängt der Haussegen schief. Inzwischen ist der Streit im Bundesvorstand und in den Landesverbänden derart eskaliert, dass ein Auseinanderbrechen der rechten Kleinstpartei immer wahrscheinlicher wird.

Im Saarland, so die beiden Landesvorsitzenden Dirk Schmidt und Erich Klein in einem vom 31. Dezember datierten Schreiben, war die innerparteiliche Selbstdemontage bereits erfolgreich: „Da alle Mitglieder der DP-Saarland aus der DP ausgetreten sind ist auch gleichzeitig der DP Landesverband Saarland hiermit aufgelöst (Schreibweise im Original).“ Auch im kleinsten Bundesland erklärte der Vorsitzende, Reinhold Thiel, Ende des vergangenen Jahres seinen Bremer Landesverband zur Historie. Anschließend machte sich Thiel mit der „Deutschen Christlichen Partei“ selbstständig. Der aussichtslosen Neugründung wollten sich allerdings nur wenige der ehemals rund 100 Bremer Mitglieder anschließen. Manche der Verbliebenen unterstützen nun den früheren Stellvertreter Claus Cira, der seit dem 29.12.2004 den Vorsitz für die Deutsche Partei in der Hansestadt beansprucht.

Allen genannten Regionalfürsten gemein ist ihre Empörung über den Richtungsbeschluss des DP-Bundesvorstandes vom 18. September. Dort sprach sich die amtierende Parteiführung mehrheitlich gegen eine eigenständige „national konservative“ Profilierung und ein mögliches Zusammengehen von DP, REPs und DSU aus und befürwortete demgegenüber eine engere Anlehnung an das nationale Sammlungskonzept von NPD/DVU.

In die Kolonne der Unterlegenen und Unzufriedenen gehört übrigens auch der Bundesvorsitzende der Deutschen Partei selbst. Dr. Heiner Kappel, früherer FDP-Abgeordneter im hessischen Landtag ist zugleich das einzig bekannte „Zugpferd“ im Stall der – bis zu seiner Wahl 2001 als Vorsitzender – vollständig verstaubten niedersächsischen Regionalpartei. Zudem steht Kappel eher für eine strategische, denn eine personifizierte Erfolgsbewertung. Auf jeden Fall aber will er mit DVU und NPD zur Zeit nichts zu tun haben: „Wie sollte man auch erwarten können, dass eine NPD mit 9,2% in Sachsen sich auf eine DP mit 0,1% im Saarland einstellt? Unter diesen Prämissen hätte die Deutsche Partei bestenfalls die Möglichkeit, sich in aller Bescheidenheit den erfolgreichen Parteien DVU und NPD anzuschließen.“ Vor dem Hintergrund des mit harten Bandagen ausgetragenen, innerparteilichen Machtkampfes ist das, in verschiedenen Internetforen großspurig angekündigte „regelrechte Bollwerk

Fortsetzung S. 3

Onlineshop in Zeitz

ZEITZ. „ENOS“ heißt ein neuer rechter Internet-Shop mit dem Untertitel „National - Nordisch - Modern“ und einer Postfachanschrift in Zeitz bei Gera. Neben einschlägigen Büchern, CDs, Videos und Textilien wird auch ein Forum und ein Chat angeboten. Inhaber sind Marco Lahr und Marco Kreischer. Eine Werbeanzeige des Shops wurde auch in der „Deutschen National-Zeitung“ des DVU-Chefs Gerhard Frey geschaltet.

hma ■

VDA entlastet

ST. AUGUSTIN. Der unter dem Namen „Verein für das Deutschtum im Ausland“ bekanntgewordene VDA, der 1881 als „Allgemeiner Deutscher Schulverein“ gegründet wurde, zieht eine erfreuliche Bilanz für das Jahr 2004. Nach „jahrelangem Bemühen“ sei der Verein von einer „drückenden Last“ befreit worden, so Dr. Ernst Liesner vom VDA-Bundesvorstand. Mit der Unterzeichnung eines „öffentlich-rechtlichen Vertrages“ zwischen dem VDA und dem Bundesinnenministerium sei „eine hohe finanzielle Inanspruchnahme des VDA“ abgewandt worden. Die für den VDA „existenzbedrohende“ finanzielle Forderung des Bundes war entstanden, weil das Bundesinnenministerium der Auffassung war, dass der VDA über den Verbleib von Geldmitteln, die diesem durch Zuwendungsbescheide Anfang der 90er Jahre gewährt worden waren, teilweise nicht ordnungsgemäß Auskunft geben konnte. Der VDA hatte damals vom Bund hohe finanzielle Mittel erhalten, um für „deutsche Minderheiten“ in den Herkunftsgebieten des Ostens, insbesondere in Rußland, Kirgisien und Kasachstan, „Bleibeanreize“ zu schaffen. Angesichts des enormen „Arbeitsaufwandes“ beim VDA „im Hinblick auf die erforderliche rasche Durchführung der Projekte“ habe eine „lückenlose Buchführung nicht immer sichergestellt werden“ können, so Liesner, ehemals Vizepräsident des Bundesverwaltungsamtes. „Nach jahrelanger intensiver Arbeit unter Ausschöpfung aller juristischen Möglichkeiten“ sei nun „mit Mitteln des Rechts“ der Erlass der Forderungen möglich geworden. Die „Erlaßwürdigkeit und die Erlaßbedürftigkeit des VDA wurden anerkannt“. Es scheint, das auch das derzeitige Bundesinnenministerium die Arbeit des VDA als „handlungsfähige Mittlerorganisation“ zu „deutschen Minderheiten“ in aller Welt als sinnvoll erachtet.

Dabei hatte doch schon der Alliierte Kontrollrat den VDA-Vorgänger im Oktober 1945 als Nazi-Organisation verboten. Ein kleiner Gewerbetreibender wäre bei diesen Lücken in der Buchführung wohl nicht so glimpflich davon gekommen.

Unterdessen baut der VDA seinen Schüler- und Jugendaustausch weiter aus. So hat der „Weltverband Deutscher Auslandsschulen e.V.“ mit Sitz in Berlin, der sich als Vertretung von 117 deutschen Schulen im Ausland betrachtet, seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem VDA erklärt. *hma* ■

Neujahrstreffen in München

MÜNCHEN. An einem nicht näher bezeichneten Ort im Raum München wollen sich am 23. Januar „nationale Parteien und Organisationen“ zu ihrem „7. politischen Neujahrstreffen“ zusammenfinden. Als Referenten werden u.a. angekündigt: Der NPD-Landtagsabgeordnete Holger Apfel, Thomas S. Fischer (CSU und „Deutschland-Bewegung“), Ewald Ehrl von der „Deutschen Partei“, Johann P. Weinfurtner, Stadtrat der „Republikaner“, Heilwig Holland vom „Schutzbund für das Deutsche Volk“ (SDV) und der Historiker Dr. Walter Post, Interviewpartner u.a. der „Jungen Freiheit“. Beginn der Veranstaltung ist um 11 Uhr.

hma ■

Ein Viertel weniger

DÜSSELDORF. Auch die revanchistische Kleinpartei „Bund für Gesamtdeutschland“ (BGD) will zur Landtagswahl im Mai in Nordrhein-Westfalen antreten. In der neuesten Ausgabe des Parteiorgans „Unsere Deutsche Heimat“ präsentiert der 1926 im Rheinland geborene BGD-Parteichef Horst Zaborowski (Duisburg) eine „Denkschrift“ zur „Gestaltung der Zukunft Deutschlands“. Dort fordert er u.a. den Austritt der BRD „aus allen internationalen Organisationen einschließlich NATO, UNO und EU“, eine „Rückführung aller in der Weimarer Verfassung aufgeführten staatlichen Firmen in den Staatsbesitz“ der BRD und den Bau und die Stationierung „von Satelliten zur wirtschaftlichen Nutzung mit eigenen Trägerraketen“. Den meisten Nutzen scheint der BGD-Chef jedoch in einer massiven Reduzierung der Bevölkerungszahl in der Bundesrepublik zu sehen. Gleich ein ganzes Viertel der derzeitigen Bevölkerung dieses Landes soll aus Zaborowskis „Volksgemeinschaft“ ausgeschlossen werden. „Warum können wir nicht friedlich als ein 60 Millionen Volk im Herzen Europas leben ?“, fragt der. „Wir können besser und friedvoller in dieser Bundesrepublik Deutschland leben, ohne den 20 Millionen, die sich in Deutschland tummeln, die deutsche Staatsbürgerschaft nicht anstreben, nur an der Ausnutzung von Volk, Land und Elementen interessiert sind.“ Viel deutlicher kann man seine politischen Absichten nicht ausdrücken, wie der BGD-Parteichef es hier tut. *hma* ■

Landtag dicht

DRESDEN. Im Landtagsgebäude wird es vorerst keine Veranstaltungen der Fraktionen mehr geben. Das beschloss das Präsidium des Parlaments am 10.12.04 nach der Plenumsitzung. Hintergrund ist die Anmeldung eines Treffens der NPD Fraktion mit rund 400 Teilnehmern im Februar 2005 eine Veranstaltung anlässlich des 60. Jahrestages der Zerstörung Dresdens im Zweiten Weltkrieg auszurichten. Da der NPD aber kein Recht verweigert werden kann, dass den anderen Fraktionen weiter zusteht, wurde die bisherige Regelung außer Kraft gesetzt. Denn bei einer Ungleichbehandlung rechnet man mit einem juristischen Erfolg der NPD, wenn diese dagegen vor dem Verfassungsgerichtshof klagen sollte. Bis zu einer endgültigen Entscheidung des Präsidiums bleibt das Parlamentsgebäude für Veranstaltungen demnach gesperrt. *kun* ■

Hamburger Landesverband der REP übergelaufen

HAMBURG. Es ist ein hilfloses Unterfangen wie die stellvertretende Bundesvorsitzende der REPs, Uschi Winkelsett, Monat für Monat erklären muss, dass die Republikaner "auch im Norden" in keiner Weise mit der NPD zusammenarbeiten werden und "es keinerlei Unterstützung für die NPD im schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampf" gebe. Zweifel über das jüngste Dementi, das Gerüchte über die angebliche Selbstauflösung des Hamburger Landesverbandes durch die stellvertretende Parteivorsitzende als "NPD-typische Falschmeldung" zurückweist, sind angebracht. Erstens ist die Mitteilung weder auf den Bundesseiten der Republikaner - keine schlafenden Hunde wecken - noch auf den Seiten des Hamburger Landesverbandes zu finden. Letzterer wurde vom Bundesvorstand vorsorglich schon vor Monaten abgeschaltet. Außerdem gehörte der Hamburger Landesvorsitzende Thomas Nissen zu den Kritiken der Bundesführung.

Laut einer Erklärung, die sich "Hamburger Signal" nennt sowie einer Pressemitteilung vom 8. Januar gibt andererseits der Hamburger Landesverband der Republikaner seine Auflösung bekannt und "der gesamte Landesvorstand und die Vielzahl der Mitglieder schließen sich der NPD an". Dabei scheint es sich um einen de facto Austritt eines größeren Teils des bisherigen Landesvorstandes zu handeln, ohne dass es zu einer formel-

hochkarätiger Veranstaltungen“ als Kraftakt beider Seiten im Sinne eines „alles oder nichts“ zu bewerten.

Bereits am kommenden Samstag steht Ulrich Petzold, der zweite Bundesvorsitzende und Rivale Kappels, bei der Jahresauftaktveranstaltung des Nationalen Bündnis Dresden, in der Elbmetropole zusammen mit den NPD-Vorsitzenden Holger Apfel, Udo Voigt und dem NPD-Barden Frank Rennicke auf der Bühne.

Den gleichen Geist atmet die Saalveranstaltung von Deutscher Partei und „Demokratie direkt“ - der Münchner Variante des Nationalen Bündnis. Am 23. Januar rückt dort das bayrische Vorstandsmitglied, Ewald Ehrl sowie Wolfgang Bukow, Kreisrat der DP aus Fürstenfeldbruck an. Weitere Gäste: Heilwig Holland, Bundesvorsitzende des „Schutzbundes für das Deutsche Volk“, Thomas S. Fischer, Historiker (Noch-CSU-Mitglied sowie Mitglied der Deutschlandbewegung), Holger Apfel, Nationales Bündnis Dresden und stellvertretender Bundesvorsitzender der Nationaldemokraten.

Am 9. Februar kontert der, nach eigener Aussage sich dem „national konservatien“ Flügel zurechnende Kreisverband Main-Kinzig-Kreis mit einem „politischen Aschermittwoch in Birstein“ (Hessen). Als Gast soll der CDU-Abweichler Martin Hohmann sowie „ein FPÖ-Bundesvorstandsmitglied“ zugesagt haben. Außerdem will die Ankündigung „Mitte April“ mit einer weiteren Veranstaltung und dem Gast Jörg Haider zusätzliches Gewicht zugunsten der rechtskonservativen Option in die Waagschale legen. Einen Ausweg für die Vertriebenen und Entrechteten des unterlegenen Teils der Deutschen Partei könnte, so lautet die Gerüchteküche, in der einer möglichen Westausdehnung der DSU liegen. Aber auch in der DSU sind die ‚beiden‘ strategischen Optionen vorhanden: So geht das bekannte Kräftemessen im Lager der Reaktion – bekannt aus den frühen Tagen der NS-Bewegung, der „Konservative Revolution“ und den Verbänden radikalisierter Kleinbürger – im Hier und Jetzt voraussichtlich in eine neue Runde. *kun* ■

siehe http://www.patriotisches-forum.de/board.php?boardid=107&sid=660a0973f29f49ad244f1ba3cca72297

---

len Selbstauflösung gekommen ist - hierzu wäre ein Parteitag notwendig, der diesen Punkt zur Tagesordnung hat.

Der Aufruf ist auf den Internetseiten der NPD veröffentlicht und namentlich unterzeichnet von: Thomas Nissen, (Landesvorsitzender), Klaus Riese (stellvertr. Landesvors.), Jan Pigors (stellvertr. Landesvors), Holger Geske (Landesvorstand), Dieter Schmutzler (Landesschatzmeister), Josef Staller (Landesschriftführer) - allesamt Hamburg. Zudem werden 105 Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern erwähnt, darunter Funktionsträger aus weiteren Landesverbänden (Berlin, Sachsen und Würtenberg). Der Aufruf mündet in dem Appell: "Wir rufen dazu auf, am 20. Februar dieses Jahres in Schleswig-Holstein die NPD zu wählen und darüber hinaus zu unterstützen. Wir wollen wieder an eine bessere Zukunft Deutschlands glauben können. Der Bruderkampf ist eingestellt." Dies klingt tatsächlich ganz anders als der Unvereinbarkeitsbeschluss des REP-Bundesvorstandes gegen die konkurrierende NDP, der da lautet: "Keine Zusammenarbeit, keine Kontakte. Wer sich nicht daran hält, wird ausgeschlossen." Das dies ab sofort auch auf den Hamburger Landesverband zutrifft, hängt der Bundesvorstand lieber nicht an die große Glocke. *kun* ■

Faschistische Internationale

BERLIN/MADRID. NPD hat eine Kooperationsvereinbarung mit den spanischen Franco-Nachfolgern abgeschlossen und verlangt von „andere(n) europäischen Nationalisten“ den Anschluss an die „Achse Madrid-Berlin“. Unmittelbares Ziel ist die Gründung einer „europäische(n) Rechtspartei“, deren konkrete Zusammensetzung zwischen den europäischen Faschisten noch umstritten ist.

In den Strategieplänen einflussreicher deutscher Rechtsextremisten fungiert die „Europa-Idee“ der Waffen-SS als mögliche Bündnisgrundlage. In den ausländischen Formationen der Waffen-SS sammelte das NS-Regime „europäische Freiwillige“, die unter deutscher Führung (der „geschichtsträchtigen, zentraleuropäischen Ordnungsmacht“) für einen Wirtschafts-„Großraum Europa“ kämpften. *http://www.german-foreign-policy.com/de/news/article/1103497200.php* ■

Proteste gegen Riegers An- und Unwesen

DÖRVERDEN. Die Proteste gegen das geplante Neonazi-Zentrum auf dem Heisenhof im südlich von Bremen gelegenen Landkreis Verden, reißen nicht ab. Am 30. Januar wolle man vor dem Gelände der ehemaligen Bundeswehr-Standortverwaltung demonstrieren, erklärt das regionale Bündnis gegen Rechts. Grund: Bisher gebe es noch kein Anzeichen für ein Ende der Aktivitäten des Hamburger Neonazi-Anwaltes Jürgen Rieger.

Mitte November folgten einem ersten Aufruf zu einem "Sonntags-Spaziergang gegen Rechts" mehr als 1.000 Menschen. Unmittelbar danach untersagte der Landkreis Verden Jürgen Rieger die Nutzung der Gebäude für Wohnzwecke. Und auch das Abstellen seines Fuhrparks von Militärfahrzeugen widerspreche der "zivilen" Nutzung des 26 000 Quadratkilometer großen, parkähnlichen Geländes, das mit einem ehemaligen Offizierskasino und Mannschaftsquartieren bis 2003 noch als Offiziersheim und Standortverwaltung genutzt wurde.

Gegen die baurechtliche Verbotsverfügung legte Jürgen Rieger vor dem Verwaltungsgericht in Stade per Eilantrag Widerspruch ein und verhinderte somit eine sofortige Räumung.

Bereits unmittelbar nach dem Kauf des Hofs durch die "Wilhelm-Tietjen Stiftung für Fertilisation Limited" - deren Bevollmächtigter Rieger ist - waren im Juli Mitglieder der Neonaziszene von den "Freien Kameradschaften" bis zur "Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD) eingezogen. Als dann bekannt wurde, dass Peter Naumann, der 1988 wegen Sprengstoffanschlägen zu viereinhalb Jahren verurteilt worden war, am 26. November vor etwa zwanzig Neonazis zum Thema "Ausgeruht den Feind erwarten" und "Überwachen, Beschatten und Abhören - Methoden der Observation" auftrat, zeigte sich, dass hier ein neues Schulungs- und Strategiezentrum im Entstehen ist. Im niedersächsischen Hetendorf war eine ähnliche Einrichtung vom Innenministerium geschlossen worden. *kun* ■

Volksverhetzer auf den Straßen Leverkusens

Das „Leverkusener Aktionsbündnis gegen den Naziaufmarsch“ berichtet, dass der Bergheimer Neonazi Axel Reitz für den 29. Januar erneut eine Demonstration in Leverkusen beantragt hat. Die Nazis wollen durch die Innenstadt. Der Antrag wird zurzeit von der Polizei geprüft. Das „Leverkusener Aktionsbündnis gegen den Naziaufmarsch“ will Kundgebungen und Demonstrationen unter dem Motto „Null Toleranz für Nazis!“ anmelden. Zur Nazidemo unter dem Motto „Protest gegen Intoleranz und staatliche Repression. Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden!“ rufen das „Aktionsbüro Westdeutschland“, insbesondere aber der Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS) auf. Bundesvorsitzender des am 1. Mai 1999 im brandenburgischen Krimnitz gegründeten Kampfbundes Deutscher Sozialisten ist der Berliner Michael Koth. Das frühere Mitglied der Westberliner SEW, wechselte zur KPD-Ost, wo er 1997 wegen nationalbolschewistischer Aktivitäten ausgeschlossen wurde. →

Während Michael Koth eher auf „Rot-Braune Bündnisse“ spekuliert, gefällt sich Axel Reitz in Aufmachung (langer Ledermantel) und Rhetorik (Stakkato und rollendes rrrrr) mehr in der Rolle eines nationalsozialistischen Plagiates. Erst am 9. November des Vorjahres, dem 66. Jahrestag der Reichspogromnacht, hatte Reitz eine Neonazidemo in Leverkusen organisiert. Die Polizei hatte zunächst keine Genehmigung für die Demonstration erteilt. Doch die Veranstalter erwirkten vor dem Kölner Verwaltungsgericht, dass der Aufmarsch unter Auflagen stattfinden konnte. Bei der Demo wurden dann Parolen wie „Die schönsten Nächte sind aus Kristall“ gerufen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt dazu wegen des Verdachts auf Volksverhetzung.

In der aktuellen Ausgabe des „blick nach rechts“ wird über eine zunehmende Vernetzung des KDS mit Neonazis aus Russland berichtet. Demnach wollen Anhänger des KDS im März oder April dieses Jahres nach Moskau reisen. Angekündigt wird ein Auftritt beim Parteitag der Nationalistisch-Großrussischen Partei (NDPR) unter Führung von Alexander Sevastianov, Gespräche mit dem Russischen Offiziersbund über die Teilnahme deutscher Kameraden an „Wehrertüchtigungslagern“ in Russland sowie Gespräche mit dem Schweizer Holocaust-Leugner und Justizflüchtling Jürgen Graf. *kun* ■

(siehe www.bnr.de und hinsichtlich der Gegenaktivitäten zum Naziaufmarsch www.antifa-forum.tk)

Mit braunen Parolen auf Dummenfang

SCHLESWIG-HOLSTEIN. Die mit braunen Parolen , mit Ausländerfeindlichkeit und sozialer Demagogie in die Landtage von Sachsen und Brandenburg eingezogenen neofaschistischen Parteien NPD und DVU schicken sich an, im Februar kommenden Jahres auch die 5-Prozent-Hürde in Schleswig-Holstein zu überwinden. Vor dem Parteitag der NPD verkündete Udo Voigt, Vorsitzender der NPD auf Bundesebene, die Parole „zuerst die Straße, dann die Parlamente, dann das Reich.“ Jeder im Lande, der sich nur einigermaßen mit dem Neofaschismus in Deutschland auskennt, weiß, was gemeint ist. Ganz bewusst formulierte Voigt so und nicht anders. Seit dem NPD-Parteitag formieren sich die Rechtsextremisten auf breiter Front. „Die Straße“, dafür standen die Stiefel-Nazis, die in martialischer Aufmachung, „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ und „Ausländer raus“- grölend , gegen die Wehrmachtsausstellung demonstrierten. Seit dem 30. Oktober gehören die Sprecher dieser „freien Nationalisten“, die sich gerne Nationalsozialisten nennen, auch dem NPD-Bundesvorstand an.

Ingo Stawitz, der schon als DVU-Fraktionsvorsitzender von 1992 bis 1996 dem Kieler Landtag angehörte, ist überzeugt davon, dass seine Partei genügend Wählerinnen und Wähler auf seine Seite zieht, um Ergebnisse bis zu 10 Prozent zu bekommen. Dem „Hamburger Abendblatt“ nannte der aus Uetersen kommende NPD-Sprecher die Zeit wegen der „Hartz - IV-Geschichte“ günstig. „Die Leute sind so sauer, dass es überflüssig ist, die Asylantenfrage aufzugreifen“, sagte Stawitz. Dass die NPD für Ausländerfeindlichkeit steht, hat sich inzwischen im Bewusstsein der Bevölkerung verankert. Jeder kennt ihre Parolen „Deutsche Arbeitsplätze nur für Deutsche“. Und um diese Position zu unterstreichen, hat die NPD die Steilvorlage der CDU/CSU aufgenommen und ihrerseits eine Unterschriftenaktion gegen den EU-Beitritt der Türkei beschlossen. Die Vergiftung des innenpolitischen Klimas wird dabei skrupellos in Kauf genommen.

Wer sich mit der Traditionslinie der Neonazis befasst, weiß, dass „sozial“ für sie nur eine Tarnung für „nationalsozialistisch“ ist. Das wird auch in ihrer Feindschaft zu den Gewerkschaften deutlich. Ihre geistigen Vorbilder, die in ihrer Symbolik auftauchen, haben 1933 die Gewerkschaftshäuser gestürmt, die Gewerkschaften mit der NSDAP gleich geschaltet und die Betriebsräte zerschlagen. Die Arbeiter und Angestellten wurden zur Gefolgschaft, die Unternehmer zu „Betriebsführern“ ernannt.

Mit sozialer Demagogie können die Neonazis nur jene Menschen fangen, die sich mit der Geschichte nie beschäftigt haben oder nicht bereit sind, aus der leidvollen Vergangenheit Lehren zu ziehen. Deshalb :Keine Unterstützung für die NPD und ihre Ideologie !

Gemeinsam rufen DGB-Ortskartell Wedel, Wedeler Sozialforum, Arbeitskreis der Stadt Wedel gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit, Friedenswerkstatt Wedel, Arbeitslosen-Selbsthilfe und VVN-Bund der Antifaschisten zu einem breiten Konsens auf, um über den Ungeist von NPD, DVU und ihrem Anhang aufzuklären und zu warnen. Es darf Neonazis nicht gelingen, mit riesigem Propagandaaufwand und sozialer Demagogie das gesellschaftliche Klima zu vergiften

Keine Nazis in den schleswig-holsteinischen Landtag!

Demonstration am 29. Januar in Gera

Der 27-jährige Oleg wurde am 21. Januar 2004 in Gera von vier jungen Nazis ermordet. Ein Jahr danach hat sich an den katastrophalen Zuständen nichts geändert. Nach wie vor wird die Hegemonie rechter Alltagskultur nicht wahrgenommen, geschweige denn als Problem in Frage gestellt. Aktive Kameradschaftsstrukturen, mehrere rechte Versandhäuser und die Naziläden „Youngland“, „US-goods“ und „Fan Sport Shop Winkler“ zeugen davon, dass die Stadt Gera immer noch eine Nazihochburg von bundesweiter Bedeutung ist.

„Mit einer Veranstaltungsreihe, diversen Aktionen und einer Demonstration am 29. Januar 2005 möchten wir antifaschistische Politik weiter forcieren und unsere Wut und Trauer über den Nazimord zum Ausdruck bringen,“ so die Antifaschistische Aktion Gera..

Antifa Demo, 29. Januar 2005, Gera, 15.00 Uhr, Markt

Antifaschistische Aktion Gera [AAG]

Weitere Informationen im Internet unter www.breakthesilence.de.vu oder www.stoppnazilaeden.de.vu ■

Lebenslänglich für Neonazi Thomas Adolf

KÖLN. Gegen den Neonazi Thomas Adolf, der im Oktober 2003 einen Anwalt, dessen Frau und Tochter erschoss, hat das Kölner Landgericht die Höchststrafe verhängt: Lebenslänglich mit Sicherheitsverwahrung. Deutlich benannte der vorsitzende Richter im Urteil, dass es ohne Adolfs politische Einstellung nicht zu der Tat gekommen wäre. Seine nationalsozialistische Überzeugung habe der Tat den Boden bereitet. Der Angeklagte Thomas Adolf selbst bestand von Beginn des Verfahrens an darauf, dass er die Tat aus politischen Gründen begangen habe, ein Exempel an dem für ihn als „Staatsfeinde“ verhassten Anwälten statuieren wollte und „ein Fanal zu einem nationalen Befreiungskampf“ setzen wollte. Wie tief er in seine nationalsozialistische Gedankenwelt verstrickt ist, zeigten im Prozess nicht nur seine Auslassungen gegen Deutschland, das Rechtssystem oder seine Aussage, er habe sich während der Morde als „Sturmbannführer“ gefühlt, sondern auch Details wie seine Ablehnung einer psychiatrischen Untersuchung, weil er die Psychiatrie als „jüdisch geprägte Pseudowissenschaft“ ansieht (später ließ er sich doch untersuchen. Die Gutachterin erkannte auf „volle Schuldfähigkeit“.) Erst an den letzten Verhandlungstagen versuchte sein Anwalt, den Bargeld-Raub als Haupt-Mordmotiv darzustellen.

Darauf ließ sich der Richter nicht ein. Adolf sei, eben weil er Neonazi ist, von Gewalttaten zur Durchsetzung seiner Ziele überzeugt. „Das Radikale“ sei für Adolf die Maxime seines Lebens und Handelns gewesen. Adolf zeigte keine

Reue. Auf die Frage, ob er eine solche Tat erneut begehen würde, antwortete er ohne Zögern: „Jederzeit wieder“. Adolf bekommt die Höchststrafe und wird das Gefängnis nach Willen des Gerichts sein Leben lang nicht mehr verlassen.

Quelle: www.mut-gegen-gewalt.de ■

Gedenkmarsch zur Erinnerung an Todesmarsch

ARNSTADT. In Vorbereitung des 60. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus plant der Stadtvorstand der PDS Arnstadt im April 2005 gemeinsam mit anderen AntifaschistInnen einen Gedenkmarsch analog der Strecke des Todesmarsches der KZ-Häftlinge aus den Außenlagern des Konzentrationslagers Buchenwald (beginnend in Ohrdruf) auf den Weimarer Ettersberg zu organisieren. Vorstellbar wäre, den Gedenkmarsch 2tägig zu organisieren, mit Übernachtung und evtl. Abendveranstaltung irgendwo auf halber Strecke (möglich: Arnstadt) und Kundgebungen an verschiedenen Stellen.

Wir würden uns freuen, wenn sich möglichst viele Menschen und Gruppen bei der Vorbereitung beteiligen.
Wer Interesse hat, bei der Vorbereitung dieses Gedenkmarsches mitzumischen, möge sich bitte melden. *Kontakt: Wahlkreisbüro Sabine Berninger mail: wkb-berninger@t-online.de oder berninger@pds-fraktion-thueringen.de* ■

Großes Interesse für Vortrag über Porsche im dritten Reich

STUTTGART. Über 35 Interessierte kamen am Sonntag, dem 12.12.04 in den Verein Zukunftswerkstatt e.V. in der Bönnigheimer Straße zu einem Vortrag über Porsche im Dritten Reich. Die Anwesenden wurden von Vorstandsmitglied Niels Clasen herzlich begrüßt. Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe im November und Dezember habe der Verein Zukunftswerkstatt an die Zeit des Nationalsozialismus, an den mutigen Widerstand in Zuffenhausen aber auch an die Schattenseiten der NS-Diktatur erinnert.

Anschließend hielt Joseph Michl ein interessantes, mit vielen Dokumenten belegtes Referat über die leider unrühmliche Rolle von Ferdinand Porsche im Dritten Reich. So legte er dar, dass sich dieser, nachdem Hitler am 11. Februar 1933 die Eröffnungsrede auf der Internationalen Automobilausstellung in Berlin gehalten hatte, in einem Glückwunschtelegramm folgendermaßen andiente:

„Als Schöpfer vieler namhafter Konstruktionen auf dem Gebiete des deutschen und des österreichischen Kraft- und Luftfahrtwesens und mehr als 30 Jahre mitkämpfend um den heutigen Erfolg beglückwünsche ich Eure Exzellenz zur tiefgründigen Eröffnungsrede der

Deutschen Automobilausstellung.“ (nach Mommsen, Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im dritten Reich, 1996, S.78)

Am 17. Januar 1934 übergab Porsche eine Denkschrift „Exposé, betreffend den Bau eines deutschen Volkswagens“ an das Reichsverkehrsministerium. Er verweist darin ausdrücklich darauf, dass der von Hitler persönlich protegierte Volkswagen „für bestimmte militärische Zwecke geeignet sein“ müsse. Er empfiehlt eine Version für „3 Mann, 1 Maschinengewehr und Munition“ (Die Zeit, 27/2003: „Er läuft nicht mehr“)

Beim Aufbau des Volkswagenwerkes, in dem auch auf Betreiben F. Porsches tausende Zwangsarbeiter unter unmenschlichen Bedingungen eingesetzt wurden, verdiente er die Millionen RM, mit denen das Porsche-Werk in Zuffenhausen errichtet werden konnte.

„Insgesamt belief sich der der Porsche KG erstattete Entwicklungs- und Versuchsaufwand einschließlich sonstiger Dienstleistungen im Zeitraum 1937 bis zum April 1945 auf 20,6 Millionen Reichsmark.“

„Diese Summe dürfte den Grundstock für die erfolgreiche Nachkriegsentwicklung des Hauses Porsche gelegt haben.“ (Zitate aus Mommsen, 1996, S. 643)

Ab 1937 war die „Gesellschaft zur Vorbereitung des deutschen Volkswagens“ bei der Dr.Ing.h.c.F.Porsche KG in der Spitalwaldstraße 2 (heutiges Werk 1) in Zuffenhausen untergebracht. Das Volkswagenwerk diente fast ausschließlich der Rüstungsproduktion. Auch die Vernichtungswaffe V1 wurde unter der Führung von Porsche im Volkswagenwerk gebaut.

Der bekannte Historiker Hans Mommsen kam aufgrund seiner vom Volkswagenwerk beauftragten Untersuchungen zu folgender Schlussfolgerung (aus Wolfsburger Nachrichten, 6.12.97): „Allerdings kann keine Rede davon sein, dass Porsche als Vorbild dient, zumal seine technischen Leistungen nicht überschätzt werden sollten. (…) Porsche ist kein Vorbild.“

PM Zukunftswerkstatt e.V. ■

Antisemitische Friedhofsschändung aufgeklärt?

Front National-Mitglied verhaftet

Steht eine der größten rechtsextremen Anschlagsserien in Frankreich kurz vor der Aufklärung? Am Donnerstag, 16. Dezember sah es so aus.

Seit Ende April 2004 begann von Ostfrankreich her eine neue Welle antisemitisch motivierter Friedhofsschändungen, aber zeitgleich auch von Verwüstungen moslemischer Friedhöfe und von Denkmälern zur Erinnerung an jüdische oder moslemische Soldaten beider Weltkriege. Der Schwerpunkt dieser Aktionen lag im Elsass. Die erste und zugleich spektakulärste Schändung war jene des jüdischen Friedhofs im elsässischen Herrlisheim (in der Nähe von Colmar) vom 30. April: 127 Gräber wurden verwüstet, zahlreiche Hakenkreuze und SS-Runen sorgten für eine eindeutige ideologische Handschrift.

Im Zusammenhang mit dieser Tat konnte am 15. Dezember 04 in Colmar erstmals ein Strafverfahren gegen einen Tatverdächtigen eingeleitet werden. Der 24jährige kahlköpfige Waldarbeiter Lionel Lezeau, der zunächst die Tatbeteiligung leugnete, bezeichnet sich selbst als Parteigänger des Front National und ist dort (laut Angaben des Untersuchungsrichters Pierre Wagner) auch als Mitglied eingeschrieben. Er war am Dienstag an seinem Arbeitsplatz festgenommen und in der Folgezeit einem Schriftgutachten unterzogen worden, das ergab, dass er der Urheber eines Teils der Schmierereien auf dem Friedhof sowie neonazistischer Inschriften an einer Autobahnbrücke ist; die Staatsanwaltschaft hat jetzt ein Zweitgutachten zur Überprüfung angeordnet. Bei einer Hausdurchsuchung wurde bei ihm nationalsozialistische Literatur gefunden. Am Mittwoch wurde das Strafverfahren gegen ihn eröffnet. Die Kriminalpolizei fahndet aber noch nach weiteren Tatbeteiligten, da die Schmierereien nicht von einer einzigen Handschrift stammten.

Der Generalsekretär der rechtsextremen Partei, Carl Lang, sprach von einer „groben Manipulation“ und wollte eine „von Gegnern des Front National bezahlte Operation nicht ausgeschlossen“ wissen.

Ein anderer Rechtsextremist, der 22jährige Neonazi Matthieu Massé, war bereits im Juli 2004 in Bar-le-Duc festgenommen worden. Er wurde der Schändung einer Gedenkstätte für jüdische Teilnehmer am Ersten Weltkrieg in Verdun überführt und später zu einem Jahr Haft verurteilt.

BhS, Paris ■

Schöner leben ohne Nazis

Julia Bonk in Kiel

Am 15.12.2004 veranstaltete die PDS Schleswig-Holstein eine Diskussionsrunde zu der Frage, wie man mit der NPD und ihrer neuen Strategie der Teilnahme an Landtagswahlen umgehen sollte. Dazu war neben Julia Bonk Alexander Hoffmann eingeladen, der als Mitarbeiter der antifaschistischen Zeitschrift „Enough is enough“ ein Kenner der Faschoszene in Schleswig-Holstein ist.

Julia Bonk ist parteiloses Mitglied des sächsischen Landtages und auf der Liste der PDS gewählt worden. Mit ihren 18 Jahren ist sie Deutschlands jüngste Abgeordnete und hat sich einen Namen gemacht, weil sie bei der konstituierenden Sitzung des sächsischen Landtages, von ihrer Fraktion ins Präsidium entsandt, ein T-Shirt trug mit der Aufschrift „Schöner leben ohne Nazis“.

Nach einigen einleitenden Worten von Harald Koch, der als Landesvorsitzender der PDS SH die anschließende Diskussion leitete, begann Julia Bonk mit einem Überblick über die Fraktion der NPD und die Probleme, die beim Umgang mit den Faschisten im Landtag entstehen.

Die NPD Fraktion besteht aus elf Männern und einer Frau, die fast alle aus Sachsen stammen und in ihrer jeweiligen Region fest verankert und bekannt sind. Sie üben alle einen „normalen“ Beruf aus, wie Arzt oder Lehrer, entstammen also dem ganz normalen sächsischen Alltagsleben. Nur der Fraktionsvorsitzende Holger Apfel kommt nicht aus Sachsen. Schon die Zusammensetzung der Fraktion zeigt, dass die NPD, anders als die früheren Versuche faschistischer Parteien, einen biederen Eindruck machen will. Auch ihr Auftreten in den Debatten des Landtages unterstreicht das. In den Redebeiträgen und Anträgen finden sich wenig radikale Äußerungen. Nur wenn die Diskussion in vollem Gange ist, zeigen Entgleisungen der Abgeordneten deren wahre Gesinnung. Außerdem arbeitet die NPD im Landtag mit Hochdruck. Sie hat sich innerhalb kürzester Zeit in die Geschäftsordnung eingearbeitet, schreibt seitdem laufend eigene Anträge und nimmt entsprechend nicht passiv sondern aktiv an der Politik teil. Ein weiterer Aspekt dieser aktiven Arbeit ist ihr Auftreten auf ganz normalen Diskussionsveranstaltungen und vor allem ihre verstärkte Jugendarbeit. Sie versucht bereits jetzt in Schulen und Jugendtreffs Kinder und Jugendliche zu erreichen, um diese an sich zu binden.

Julia schilderte auch die Probleme, die sie persönlich aber auch der Rest ihrer Fraktion im Umgang mit der NPD hat. Im außerparlamentarischen Leben habe man kein Problem damit, den Faschos aus dem Weg zu gehen und nicht mit ihnen zu reden. Im sächsischen Landtag haben sie aber eine demokratische Legitimation durch 9,2 Prozent der abgegebenen Stimmen. Sie sind damit die vierte Kraft nach CDU, PDS und SPD, bzw. die zweitstärkste Oppositionspartei nach der PDS.

Deshalb helfe es nicht sie auszugrenzen, weil sie dadurch ihre Rolle als Märtyrer und „Verteidiger der Entrechteten“ weiter und erfolgreicher spielen könnte. Mit jedem Recht, das der NPD zustünde, ihr aber verwehrt würde, könnte sie sich als Partei der Unterdrückten aufspielen. Eine Isolationstaktik, wie man sie ganz

selbstverständlich fordern würde, scheitere aber nicht nur aus diesem Grund, sondern auch weil die demokratischen Kräfte sich nicht einig seien.

Die CDU fährt weiterhin die aus dem Wahlkampf bereits bekannte Masche des „Rechts- aber auch Linksextremismus“. D.h. in jeder Debatte, die über die NPD geführt wird, heißt es, dass im Lande gleichermaßen gegen Rechts- (NPD) wie auch Linksextremismus (PDS) gekämpft werden müsse. Auf diese Weise wird von der immer noch stärksten Fraktion eine Zusammenarbeit aller demokratischen Parteien im Landtag gegen die NPD verhindert.

Nach Julias Ausführungen konnte Alexander Hoffmann die Taktik des „Biedermann Images“ für die NPD in Schleswig-Holstein nur bestätigen. Er übernahm den Part, die Geschichte und Entwicklung der NPD in Schleswig-Holstein darzustellen. Auf diese Weise wurden die Erfahrungen aus Sachsen mit Schleswig-Holstein und der kommenden Landtagswahl am 20. Februar 2005 verbunden.

Laut Alexander Hoffmann hat die NPD in Schleswig-Holstein nie eine große Rolle gespielt, daher verbünde sie sich mit den Freien Nationalisten, die bereits in Lübeck zur Kommunalwahl ihr Unwesen trieben. Sie habe dabei Unterstützung sowohl der DVU als auch der Republikaner im Lande, was sich auch auf der Liste zur Landtagswahl zeige. Dort finden sich neben einigen bekannten Gesichtern der NPD eben gerade auch die ehemaligen Strippenzieher anderer faschistischer Parteien. Bei der Auswahl der Kandidaten wurde wie auch in Sachsen sorgfältig darauf geachtet, dass diese möglichst wenig Angriffsfläche wegen rechtsextremer Verbrechen böten und ein biederes Auftreten ermöglichten.

Zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein mobilisiere die NPD bekanntlich bundesweit und will z.B. 25.000 Plakate aufhängen aber diese auch bewachen lassen. Außerdem seien zwei Postwurfsendungen geplant. Beim NPD Wahlkampf nicht zu vergessen sei die geplante Demonstration in Kiel am 29. Januar 2005, für die im Internet unter dem Motto „Gegen Multikulti und Hartz IV“ geworben werde.

Ein Vernetzungstreffen der AntiFa im Lande habe bereits stattgefunden und werde sich zwischen den Feiertagen gerade mit diesem Thema gesondert befassen. Die NPD werde also nach eigener Aussage den Kampf um die Straße „auf allen Ebenen und mit allen Mitteln führen“.

Nach diesem zweiten Referat begann eine lebhafte Diskussion über den Umgang mit Faschisten. Ohne die einzelnen Aussagen vereinfachen zu wollen, kann wohl gesagt werden, dass alle der Meinung waren, dass sich eine ernsthafte Diskussion mit Faschisten aus vielen Gründen verbietet, u.a. weil dies immer ein Aufeinanderzugehen auf partnerschaftlicher Basis bedeuten würde. Das Auftreten von Nazis kann nirgends geduldet werden. Das Problem, das sich in Sachsen stellt, weil die NPD nun eine demokratische Legitimation und entsprechende Stärke hat, wurde akzeptiert, ebenso dass Julia ehrlich zugeben musste, dass es bisher noch keine Lösung für den Umgang mit den Faschisten gibt. Für Schleswig-Holstein und andere Regionen gelte dieses Problem jedoch nicht und daher müsse weiterhin gegen die Nazis angekämpft werden, weil Faschismus eben keine Meinung sondern ein Verbrechen sei.

Dass das Problem des Faschismus jedoch nicht allein an den Faschisten liegt, wurde ebenfalls klar. Nicht sie waren es, die in den Neunzigern die Asyldebatte

Kollaborationstraditionen in der Ukraine

Juschtschenko und Timoschenko beim Singen der Nationalhymne

Vor einigen Jahren, berichtet der konservative britische Publizist John Laughland, schickte die Londoner Regierung einen Berater nach Kiev. Seine Aufgabe bestand darin, der westukrainischen „Reformbewegung" Polit-Techniken westlicher Demokratien zu vermitteln. Als ihm die „Reformer" ihr „Wahlprogramm" vorstellten, ein fünfzehnseitiges schwülstiges Elaborat, da empfahl ihnen der Berater, zunächst einmal den wichtigsten Punkt aus dem Text herauszuschälen. Nach kurzer Zeit erhielt er die Antwort: „Alle Juden raus aus dem Land!"

Wer sich über den neuen ukrainischen Präsidenten Wiktor Juschtschenko und sein Wahlbündnis Nascha Ukraina (Unsere Ukraine) informieren will, erfährt aus den deutschen Medien wenig. Presse und Rundfunk loben den Wunschkandidaten der deutschen Wirtschaft und des Auswärtigen Amts in höchsten Tönen. Der virulente Antisemitismus, mit dem Nascha Ukraina immer wieder in Verbindung gebracht wird, ist für die deutschen Juschtschenko-Fans kein Thema. Er speist sich jedoch zumindest teilweise aus Traditionen, die auf das kurzzeitige deutsch-ukrainische Bündnis im Zweiten Weltkrieg zurückgehen.

Damals kollaborierte der so genannte Bandera-Flügel der Organisation Ukrainischer Nationalisten, die OUN(B), mit Nazideutschland. Die OUN(B) marschierte am 30. Juni 1941 gemeinsam mit der Wehrmacht in Lviv (ehemals Lemberg) ein und ermordete dort mehrere tausend Jüdinnen und Juden. Im Bündnis mit den Deutschen rief die Mörder-Organisation einen eigenständigen Staat Ukraine aus, geriet allerdings bald in Konflikt mit Berlin. Während der folgenden Jahre kämpfte sie im Untergrund weiter, prominente Mitglieder gingen nach Kriegsende in den Westen ins Exil.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entstand aus den Exilzusammenhängen der OUN(B) der „Kongress Ukrainischer Nationalisten" (KUN). Er ist Teil des Juschtschenko-Wahlbündnisses, die alten Kollaborations-Strukturen trugen also zum Erfolg des neuen ukrainischen Staatspräsidenten bei. Sie wurden von Nascha Ukraina zuvor entsprechend gepflegt.

Dies gilt auch für die rechtsextreme Partei UNA-UNSO, in der der Sohn des ukrainischen Kommandeurs, der am 30. Juni 1941 gemeinsam mit der Wehrmacht in Lviv einmarschierte und die mörderischen Pogrome zu verantworten hat, eine zentrale Rolle spielt. Ausgerechnet in Lviv, dem Ort des antisemitischen Massenmordes, setzte sich Nascha Ukraina für eine ehemalige Führungsfigur von UNA-UNSO ein.

Juschtschenko persönlich startete vor rund einem Jahr eine PR-Kampagne für die einflussreiche Zeitung Silski Visti (Auflage: 500.000), gegen die ein Mitglied der ukrainischen jüdischen Gemeinde geklagt hatte. Das Blatt hatte zuvor einen Aufruf über „Juden in der Ukraine" veröffentlicht. Die Ukraine, erklärte der Silski Visti-Herausgeber, werde von „einer kleinen Gruppe jüdischer Oligarchen (regiert), die die Ukraine wirtschaftlich und politisch beherrschen". Die Juschtschenko-Kampagne für die Zeitung richtete sich gegen die Verurteilung des Hetzblattes durch ein ukrainisches Gericht.

Jörg Kronauer ■

gestartet und der Fremdenfeindlichkeit Auftrieb gegeben haben. Auch haben nicht sie den Sozialabbau gestartet und begonnen mit den neuen Regelungen in der Zuwanderung eine Differenzierung zwischen Deutschen und Nichtdeutschen festzuschreiben. Die Basis für das Erstarken des Faschismus in Deutschland liege eben an der unsozialen Politik der großen etablierten Parteien und der entsolidarisierten Gesellschaft. Durch mehr Solidarität und Beteiligung an den politischen Entscheidungen und vor allem durch allgemeines Wahlrecht für alle Menschen unabhängig von der Staatsangehörigkeit könnte man das Problem in den Griff bekommen.

Da sich diese Trendwende in der Politik der etablierten Parteien nicht abzeichne, müsse der Kampf gegen die Nazis in der Gesellschaft geführt werden. Und dieser Kampf muss erst einmal wieder verstärkt werden. Daher der Aufruf an alle AntifaschistInnen sich den folgenden Termin freizuhalten: Demo gegen die Nazidemo am 29. Januar 2005 in Kiel

PDS Schleswig-Holstein (gekürzt) ■

Naziaufmarsch in Kiel zum Desaster machen!

Am 29. Januar 2005, kurz vor dem Jahrestag der Machtübergabe an die NSDAP, wollen Neonazis aus sogenannten „freien Kameradschaften" gemeinsam mit der NPD durch Kiel marschieren. Im dumpfesten Rassismus vereint wollen sie gegen „Multikulti und Hartz 4" protestieren und – ganz nebenbei – Wahlkampf für die NPD betreiben. Diese tritt zur Schleswig-Holstein-Wahl Ende Februar an und hat bereits bei ihrem Wahlkampfauftakt am 4.Dezember gezeigt wie empfindlich sie auf kritische Öffentlichkeit reagiert. An besagtem Tag griff der Saalschutz der NPD protestierende AntifaschistInnen an.

Wir werden diesen Aufmarsch zum Desaster für die Faschisten machen! Mit allen nötigen Mitteln und auf allen Ebenen.

Kiel war und ist kein gutes Pflaster für Neonazis. Als zwei Beispiele zur Untermauerung dieser Behauptung seien nur der versuchte Aufmarsch im Januar 1999, welcher von AntifaschistInnen militant gestoppt wurde, und ein von AntifaschistInnen zerstörter NPD-Infostand in diesem Jahr genannt.

Auch in Zukunft werden wir dafür sorgen, dass sich Neonazis in Kiel und anderswo nicht wohl fühlen. Wir werden an die Erfolge der Vergangenheit anknüpfen und den Naziaufmarsch

am 29. Januar 2005 gemeinsam stoppen!
Haltet euch auf dem Laufenden!
Beteiligt euch an antifaschistischen Aktionen

Weitere Infos unter: www.januar-kiel.tk

Brigadegeneral in Rückzugsgefechte verwickelt

SS- und Wehrmachts-Liebhaber Reinhard Günzel sammelt auf Vortragsreisen unangenehme Erfahrungen mit der Antifa in Dresden.

Die Dresdner Burschenschaft Cheruscia hatte sich am 9. Dezember 2004 wieder mal einen Referenten geladen, der aus seinen antisemitischen und extrem rechten Sichtweisen keinen Hehl macht. Der Ex-Brigadegeneral des Kommandos Spezialkräfte (KSK) Reinhard Günzel hielt im Burschenschaftshaus auf der Eisenstuckstraße 50 einen Vortrag mit dem Titel „Das Ethos des Offizierskorps am Beispiel der Affäre Hohmann/Günzel".

Günzel wurde am 4. November 03 gefeuert, nachdem er einen Unterstützerbrief für Martin Hohmanns antisemitische Reden am 3. Oktober 2003 verfasst hatte. Bis dahin konnte er in der deutschen Bundeswehr eine hochrangige Position innehaben, obwohl er schon 1995 auffiel, weil er von seiner „Truppe" Disziplin „wie bei der Waffen-SS" forderte. Nachdem er seinen Posten eingebüßt hat, reist Günzel mit einem Vortrag durch die Lande, in dem er über den „Ethos des Offiziers" klagt, und dabei vor allem über die seiner Meinung nach mangelnde „kameradschaftliche Sympathie", die ihm nach Dienstende zuteil wurde.

Wie schon zu seiner Veranstaltung am 24. November in Göttingen, wo 300 Antifaschistinnen gegen ihn demonstrierten war Günzel auch in Dresden nicht davor gefeit. Die „Antifa Hochschul-Gruppe" hatte gegen die Veranstaltung der Cheruscia aufgerufen. 70 Antifaschistinnen hatten sich eingefunden und blockierten den Weg zum Veranstaltungsort. Günzel versuchte, gemeinsam mit 5 Burschenschaftlern, sich an der Blockade vorbei zu schmuggeln. Dies gelang ihm und seinen Mitstreitern nicht ganz ohne Blessuren. In einer extra jammrigen Pressmitteilung schreiben die Veranstalter der Cheruscia hinterher:

Günzel im Oktober 2004 bei der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger

„Dabei wurde General Günzel von ca. 15 Personen tätlich attackiert und am linken Auge verletzt. Seine Brille ging dabei verloren. Weiters prasselten auf die Gäste von General Günzel Eier nieder. Erst durch das beherzte Eingreifen der Polizei konnten die Störer von weiteren Straftaten abgehalten werden." (Fehler im Original)

Im Anschluss gelang es Günzel noch mit geborgter Brille, den Vortrag vor ca. 60 Zuschauenden zu halten. Dort erläuterte der die Hohmann/Günzel -Sache aus eigener Sicht (ohne Brille): Struck habe ihn viel zu schnell gefeuert und Hohmann habe im Konjunktiv geredet, weder Juden noch Deutsche seien Tätervolk, um abschließend mit Selbstmitleid um sich zu werfen: Keiner seiner Kameraden rede mehr mit ihm und er habe eben das Pech als einer des Gegnerischen Lagers geoutet worden zu sein.

Zur Wehrmacht bedauerte Günzel, dass als ihre einzige Heldentat der 20. Juli gefeiert werde, aber der Ruhm ihrer sonstigen Tugenden wie der Mut, die Opferbereitschaft und Tapferkeit der deutschen Soldaten geschmälert wurden. Er beanstandete an der heutigen Bundeswehr und den „Kaderschmieden für den Führernachwuchs", dass der „Chorgeist" geringer sei als im Zentralrat der Juden, wo Paul Spiegel dem Friedmann sogar „richtige Verbrechen" verziehen habe.

Jetzt wo Deutschland einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat wolle, da wäre es falsch die Bundeswehr zu verkleinern, da ein Land mit einer kleinen Armee außenpolitisch an Bedeutung verliere. Der Rundumschlag wurde durch einen lauten „Siiiiiiiiiiiillentium" beendet.

kun (zusammengestellt aus verschiedenen Berichten der Antifa Hochschulgruppe Dresden) ■

Des Teufels gefragter Generalmajor

Auch 2005 ist Gerd Schultze-Rhonhof von rechtsaußen umworben

Die Münchener Burschenschaft Arminia-Rhenania hat Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof zum „Treffpunkt Friedensengel" eingeladen. Er hält dort am 15.02. 2005 einen Vortrag mit dem Titel: „1939 – Der Krieg der viele Väter hatte". Grund genug, zumal am Jahresanfang, einen kleinen Rückblich auf die Untriebe des Soldaten ohne Uniform zu werfen.

Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof hat im Frühjahr 2003 sein geschichtsrevisionistisches Buch: „1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte" veröffentlicht. In diesem in zweiter Auflage erschienenen Buch stellt er Nazi-Deutschland als einen Zufluchtsort (sic!) für hunderttausende Juden aus Polen dar. Er behauptet: „... daß in den Jahren von 1933 bis 1938 557.00 Juden ihr polnisches Heimatland verlassen und Zuflucht im benachbarten Deutschland suchen ...".

„Im Generalsblick – Abstruses zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges" heißt es am 26.11.2003 in der FAZ über Schultze-Rhonhofs Buch. Die FAZ stellt über das Buch fest: „Schultze-Rhonhofs dürre Bilanz stellt die Ergebnisse der seriösen Forschung auf den Kopf. ...Im Grunde sind Interpretationen wie diese nicht neu. Sie folgen alten Spuren, die weniger im Bereich der Forschung als in dem von Ideologie und Propaganda angesiedelt sind. Neu ist dagegen, daß sie von einem ehemals führenden Offizier der Bundeswehr öffentlich vertreten werden."

Die rechtsextremistische Presse war allerdings voll des Lobes über Schultze-Rhonhofs Buch. Die NPD-Zeitung „Deutsche Stimme" hatte es im März 2004 bei ihren aktuellen Empfehlungen: „Eine Neudarstellung der Kriegsschuldfrage auf hohem Niveau. Der frühere

weiter Seite 9

Generalmajor der Bundeswehr kann auf deutscher Seite keine konkrete Kriegsplanung erkennen, dafür aber langjährige Kriegsziele des Auslands, die 1939 die Lage zum Eskalieren brachten. Ein Grundlagenwerk, gut zur Einarbeitung in die Materie geeignet."
Schultze-Rhonhof war 2004 gefragter Referent bei einer Vielzahl von reaktionären und revanchistischen Veranstaltern und gern gesehener Gast bei einschlägigen Veranstaltungen. Es regte sich aber auch Widerstand gegen seine Auftritte und er wurde von renommierten, bundeswehrnahen Veranstaltern ausgeladen.

Im reaktionären Milieu

Schultze-Rhonhof war Referent am 18. Januar 2004 beim „Reichsgründungskommers" der Hamburger Burschenschaft Germania, die dem rechtsextremen Flügel der deutschen Burschenschaft zuzurechnen ist.

Nach einem Vortrag beim Convent Aachener Burschenschaften am 23.01.2004 schreibt die Brünner Burschenschaft Libertas zu Aachen auf ihrer Internetseite: „Die Frage, die zur Entstehung des Buches führte, haben sich sicher schon viele gestellt. Die Entscheidung, dieser Frage in einem Buch nachzugehen, haben nur wenige getroffen und so faszinierend umgesetzt. ... Wir bedanken uns bei unserem Referenten für die Ausgestaltung des Abends und empfehlen dem interessierten Leser sein jüngstes Werk: „Der Krieg, der viele Väter hatte".

Am 18.2.2004 folgte eine Einladung bei der Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V.

Einen neuen Veranstaltungsort musste sich jedoch die „Unabhängige Bürgergemeinschaft Achim-Verden" am 18.3. 2004 suchen, damit Schultze-Rhonhof seine „...zweifelhafte, gefährliche Botschaft ... unters nationalkonservative bis nationalistische Volk" (Achimer Kreisblatt) bringen konnte. Der geplante Veranstaltungraum wurde der „Bürgergemeinschaft" kurzfristig gekündigt.

„Ich fühle mich als Nachkriegssoldat sehr geehrt, daß ich vor den letzten noch Lebenden einer Elite der Wehrmacht und der Waffen-SS sprechen darf." schmeichelte Schultze-Rhonhof in seiner Festrede am 16. Oktober 2004 in Hameln zur 50-Jahrfeier der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger. „Ich verneige mich vor Ihrer Lebensleistung" verkündete er pathetisch am Ende seiner Rede.

Am 9.11.2004 hatte er dann noch Gelegenheit, seine Thesen in Österreich beim Freiheitlichen Akademikerverband in Salzburg vorzustellen.

Proteste, Ausladungen und Rücktritte

Einen „Maulkorb für den General" (Junge Freiheit) gab es am 25.2.2004 in Rendsburg. Die „Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik" Sektion Rendsburg hatte Schultze-Rhonhof zu einem Vortrag eingeladen, musste aber nach Anweisung des Landesvorsitzenden der Gesellschaft den Referenten absagen. Der einladende Sektionsleiter ist daraufhin von seinem Amt zurückgetreten.

Proteste und kommunalpolitische Diskussionen löste der Auftritt des Generalmajors a.D. bei der 46. heimatpolitischen Arbeitstagung der Kreisgemeinschaft Angerburg am 29.2.2004 in Rotenburg/Wümme aus.

Eine Lokalzeitung hatte sich im Vorfeld der Tagung kritisch mit Schultze-Rhonhofs Aussagen und seinen diversen Auftritten bei reaktionären Verbänden beschäftigt.

Eine Missbilligung des Auftrittes, wie von SPD und Grünen gefordert, scheiterte im Kreistag von Rotenburg/ Wümme an der Mehrheit der CDU/ FDP-Fraktion.

Eine Ausladung erhielt der Generalmajor a.D. im Sommer von der Clausewitz-Gesellschaft. Der Regionalkreis Südwest hatte ihn am 5.7.2004 zu einem Vortrag in das Hotel und Ratshaus Seligweiler eingeladen. Er sollte dort eine politische Bewertung zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges geben. Die VVN-BdA protestierte beim Vorstand der Clausewitz-Gesellschaft gegen den Auftritt. Der Vorstand der Gesellschaft setzte eine Absage des Vortrages durch, was zum Rücktritt des Regionalkreisleiters führte. Der Vortrag wurde dann privat von Mitgliedern der Gesellschaft organisiert. Am 4. August 2004 wandten sich vier Oberste a.D. an den Vorstand und den Beirat der Clausewitz-Gesellschaft und beklagten sich darüber, dass dem Ansinnen der VVN-BdA nachgegeben und der Vortrag untersagt wurde.

Verschwörungsphantasien

Am 8. Mai 2004 trafen sich über 200 geladene Gäste beim Frühjahrssymposium der „Stimme der Mehrheit – Arbeitsgemeinschaft Freie Publizisten, Schriftsteller und Wissenschaftler" im Fuldaer Maritim Hotel. In der nichtöffentlichen Veranstaltung referierte ausgewählte Prominenz der deutschen Rechten über: „Meinungsfreiheit in Deutschland – Grundrecht oder Farce?". Die Presse war ausdrücklich nicht erwünscht, da eine „freie Diskussion" sonst nicht möglich sei, wie einer der Veranstalter zur Eröffnung erklärte.

Schultze-Rhonhof, er wurde bei Gründung der „Stimme der Mehrheit" im Jahre 1997 ins Präsidium gewählt, durfte sich auf der Veranstaltung als Opfer der political correctness darstellen. Immer wieder würden Antifas seine Vorträge stören, und im Internet laufe eine wahre Verleumdungskampagne gegen ihn. Die dort zusammengestellten Informationen könnten nur, so sein Verdacht, aus abgehörten Telefonaten oder heimlich geöffneten Briefen stammen. In bester verschwörungstheoretischer Manier bezichtigte er ein nicht näher bezeichnetes „Landesamt" der deutschen Geheimdienste der Kooperation mit Antifas.

Michael Quelle
VVN-BdA Stade ■

JLO zu rechts für's Museum

LÜNEBURG. Dr. Ronny Kabus, Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg, wurde, wie erst jetzt bekannt wurde, am 29. Dezember nach 14 Jahren im Amt fristlos entlassen. Dr. Kabus spricht von einem „Racheakt" und kündigte den Gang vors Arbeitsgericht an. Der Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm von Gottberg, bestätigte am Donnerstag die Entlassung wegen „erheblicher Loyalitätsprobleme gegenüber dem Arbeitgeber". In einer Stellungnahme für die Enquete-Kommission, die zum Kündigungsgrund wurde, klagte der entlassene Direktor im September über die rechtslastige Ausrichtung in der Stiftung. Die Aktivitäten der Landsmannschaft im Rahmen der „Preußischen Treuhand" wirkten sich negativ auf das Museum aus, zudem habe von Gottberg die umstrittenen Äußerungen des CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann öffentlich verteidigt.

Der 1994 – noch in der Kohl-Ära – zur Bundesstiftung erhobene Verein betreibt das Ostpreußische Landesmuseum, dass vollständig von der öffentlichen Hand finanziert wird, zu 72 Prozent aus Bundesmitteln und zu 28 Prozent aus Mitteln des Landes Niedersachsen. Träger und Eigentümer des „Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum" ist die „Ostpreußische Kulturstiftung", die auch das „Haus der Heimat" mit dem Archiv der Landsmannschaft Ostpreußen in Hamburg sowie das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen (Bayern) lenkt. Die revanchistische Landsmannschaft formuliert mit den Aktivitäten ihrer Kultureinrichtungen Ansprüche auf Gebiete der östlichen Nachbarstaaten, ohne diese mit purem Expansionsdrang begründen zu müssen: Man kommt nicht als imperialistischer Eroberer, sondern als Schaffer und Bewahrer der „angestammten östlichen Kultur", die schließlich „seit Jahrhunderten deutsch" ist. *kun* ■

30 Jahre Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs in Frankreich:

Ein Gesetz, das die extreme Rechte nie verwunden hat

Zum Geburtstag gibt's eine Demo: Am kommenden 15. Januar werden in Frankreich zahlreiche Frauen- und Bürgerrechtsgruppen sowie Linke und Gewerkschaften auf die Pariser Straßen gehen. Sie wollen an den dreißigsten Jahrestag der Verabschiedung der Loi Veil erinnern, die in Frankreich erstmals den Schwangerschaftsabbruch legalisierte, der bis dahin legal als Verbrechen eingestuft worden war.

Genau genommen kommt die Geburtstagsdemo ein paar Tage zu spät, denn das nach der damaligen liberalen Gesundheitsministerin Simone Veil benannte Gesetz wurde am 20. Dezember 1974 im Pariser Parlament verabschiedet. Doch es schien geeigneter, im Januar auf die Straße zu gehen, um mit neuem Schwung zum Jahresbeginn eine Warnung an die derzeitige konservativ-reaktionäre Regierung auszusprechen.

Denn es soll nicht nur vergangener Errungenschaften gedacht, sondern auch für die Zukunft vorgebaut werden. Die derzeitige rechte Parlamentsmehrheit traut sich zwar mit Sicherheit nicht, das Gesetz zum „freiwilligen Abbruch der Schwangerschaft" (IVG, interruption volontaire de grossesse) direkt zu attackieren oder abzuschaffen. Aber ein Teil der Konservativen träumt offen davon, auf juristischen oder administrativen Umwegen das vor 30 Jahren erworbene Recht der Frauen einzuschränken oder in Frage zu stellen. So wird die Krankenkassenerstattung für den Eingriff oftmals verschleppt, und die Abgeordneten führten vor anderthalb Jahren ein neues Delikt namens „unfreiwilliger Abbruch der Schwangerschaft" ein. Dabei geht es darum, die Verursacher von Unfällen zu bestrafen, durch deren Einwirkung eine schwangere Frau ihren Fötus verloren hat. Dazu mag es eine Regelungslücke gegeben haben, aber bei vielen Abgeordneten steht auch der kaum verhüllte Traum dahinter, nunmehr auf Umwegen doch noch einen Rechtsstatus des Embryos unabhängig von der Mutter – und vielleicht in Zukunft auch gegen diese – in den Köpfen von Juristinnen und Richtern zu verankern.

Rechtsextreme und andere Reaktionen

Die Loi Veil hatte von Anfang an entschiedene Gegner. Zum Zeitpunkt ihrer Verabschiedung fanden jährlich 300.000 illegale Abtreibungen unter oft miesen Bedingungen statt, bei denen jährlich mehrere Dutzend Todesfälle zu verzeichnen waren; dagegen wandte sich 1971 das berühmt gewordene „Manifest der 343 Schlampen". Doch damals betrug der Frauenanteil im französischen Parlament keine 5 Prozent. Zur entscheidenden Abstimmung wurde die Fraktionsdisziplin aufgehoben, und zahlreiche Abgeordnete der damals regierenden liberal-christdemokratischen Rechten stimmten gegen das Gesetz, das nur dank der Zustimmung der Linksopposition durchkam. Der Vatikan hatte vorab Druck auf alle Abgeordneten ausgeübt und „die Christen unter ihnen" aufgefordert, gegen die Vorlage zu stimmen.

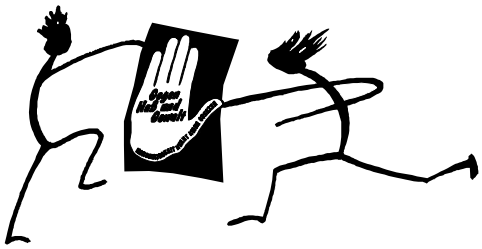
Die extreme Rechte, namentlich der damals noch kleine Front National, betrieben zur selben Zeit eine aggressive Hasskampagne. Ihre Wut wurde noch dadurch gesteigert, dass die Ministerin Simone Veil eine jüdische Auschwitz-überlebende war, der von dieser Seite nunmehr vorgeworfen wurde, „einen Genozid am französischen Volk" mittels Abtreibungen herbeiführen zu wollen. Das Gesetz von 1974 galt zunächst nur für fünf Jahre, wurde jedoch 1979 – erneut gegen einen Teil der regierenden Rechten – bestätigt. In jenen Jahren war der Abbruch in den ersten 10 Wochen der Schwangerschaft freigegeben. Seit Juli 2001 ist er nunmehr in den ersten 12 Wochen legal.

Heute sitzen aber die katholischen Fanatiker erneut mitten in der Regierung, wenngleich sie sich mit offenen Angriffen auf die Rechte der Frauen noch zurückhalten. Einer ihrer prominentesten Repräsentanten ist der 44jährige Hervé Gaymard, der Ende November dem in den UMP-Parteivorsitz wechselnden Wirtschaftsminister Nicolas Sarkozy im Amt nachfolgte. Seit Mitte der neunziger Jahre ist er als Aktivist der rechtskatholischen Aktivistengruppierung Opus Dei (Werk Gottes) bekannt. Seine Ehefrau, Clara Gaymard-Lejeune, ist die Tochter des verstorbenen Professors Jérôme Lejeune, der zu den prominentesten Anti- Abtreibungs-Aktivisten in Frankreich gehörte. Professor Lejeune ist der Begründer der Vereinigung „Laissez les vivre!" (Lasst sie leben), in der auch Rechtsextreme aktiv sind. Seine Tochter, die durch ihren Mann in den Rang einer Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium erhoben wurde, ist auch Vorsitzende des Vereins der Freunde von Professor Lejeune.

1996 unterzeichnete Clara Gaymard-Lejeune einen „bevölkerungspolitischen" Appell für mehr französische Geburten, den die rechtsextrem eingefärbte Vereinigung Population et Avenir (Bevölkerung und Zukunft) lanciert hatte. Mitunterzeichner waren der rechtsnationale Graf Philippe de Villiers und Patrick Kaltenbach vom Club de l'Horloge, einem rechtsextremen Think Tank, aber auch der ex-sozialdemokratische Linksnationalist Jean-Pierre Chevènement. In dem Appell wurde etwa gefordert, der Staat solle die Zahl der Eheschließungen erhöhen, da Verheiratete im statistischen Schnitt deutlich mehr Kinder bekämen als unverheiratete Paare oder Singles.

Hervé et Clara Gaymard, die sich einst auf der Elite-Technokratenhochschule ENA kennen lernten, haben ihrerseits bereits nicht weniger als acht Kinderchen... um die sich Leute „ihres Standes", im Gegensatz zu anderen, freilich nicht selbst zu kümmern brauchen. Aber Verhütungsmittel sind ja bekanntlich eine schlimme Sünde.

Bernhard Schmid, Paris ■



BNP-Chef Nick Griffin verhaftet

GROSSBRITANNIEN. Der Führer der rechtsextremen British National Party (BNP), Nick Griffin, ist am 14.12. in seinem Haus in Wales verhaftet und in ein Gefängnis in West-Yorkshire überführt worden.. Ihm wird vorgeworfen, in einer Dokumentation des BBC Rassenhass gegen Muslime gedchürt zu haben. Bereits unmittelbar nach der Ausstrahlung des Dokumentarfilms im Juli 2004 waren mehrere BNP-Funktionäre verhaftet worden.

Der 70-jährige Gründer der BNP, John Tyndall wurde ebenfalls kurzzeitig in Haft genommen, gegen Hinterlegung einer Kaution aber am selben Tag noch freigelssen. Insgesamt wurden damit seit der BBC-Fernsehdokumentation zwölf Mitglieder der BNP verhaftet. Neben Aufstachelung zum Rassenhass werden den BNP-Leuten staatsfeindliche Umtriebe zur Last gelegt sowie Verabredung krimineller Handlungen.

nach Presseberichten ■

Frankreich:
Anti-Diskriminierungs-Gesetz gegen Homphobie verabschiedet

„Schützt mich vor meinen Freunden, vor meinen Feinden schütze ich mich selbst“: Das mag sich manches Regierungsmitglied während der jüngsten Debatte in der französischen Nationalversammlung gedacht haben.

Dort wurde in der ersten Dezemberwoche ein Gesetz gegen homophobe und sexistische Beleidigungen beschlossen, das ähnlich wie die bereits bestehenden Regelungen zum Schutz vor rassistischen, antisemitischen sowie die Shoah leugnenden Äußerungen funktioniert.

Doch eine Reihe von Abgeordneten der konservativen Parlamentsmehrheit zierten sich, dem Vorhaben zuzustimmen. Der UMP-Parlamentarier von Lille, Christian Vanneste, sah gar gleich „das Überleben der Menschheit in Gefahr“ – weil Schwule und Lesben sich nicht fortpflanzen würden. Der Fraktionsvorsitzende der Präsidentenpartei UMP, Bernard Accoyer, hob schließlich die Fraktionsdisziplin auf und gab „seinen“ Abgeordneten Stimmfreiheit.

Am Ende kam die Gesetzesvorlage aber doch noch durch das Parlament, freilich ergänzt um einen Zusatz, der gegen den Willen der Regierung in den Text aufgenommen wurde: Neben Homosexuellen und Frauen als Opfer sexistischer Äußerungen werden jetzt auch Behinderte durch dasselbe Gesetz extra geschützt. So wollte es die ultrakatholische, dem Vatikan nahe stehende UMP-Abgeordnete Christine Boutin, die bei der Vorstellung ihres Änderungsantrags darauf bedacht war, die verschiedenen zu schützenden Gruppen gegeneinander auszuspielen: „Behinderte haben natürlich keine Lobby“, rief sie aus. Und sie meinte damit offenkundig, dass Schwule und Lesben über eine mächtige Lobby verfügen.

Hintergrund: Homophobe Hassverbrechen (und die extreme Rechte)...

Die Idee einer Ausweitung des Schutzes gegen rassistische und antisemitische „Hassdiskurse“ und solcherart motivierte Taten auch auf homophobe und sexistische Diskriminierungen kam im vergangenen Frühjahr auf. Dazu trugen zwei Ereignisse erheblich bei. Das erste war die brutale Aggression gegen den 35-jährigen Sébastien Nouchet, der am 16. Januar dieses Jahres in seinem Garten, wo er die Vögel fütterte, von Unbekannten mit Benzin übergossen und in Brand gesteckt wurde. Dabei erlitt er Verbrennungen dritten Grades, so dass er wegen unerträglicher Schmerzen wochenlang in ein künstliches Koma versetzt werden musste.

Sébastien Nouchet und sein Lebensgefährte, Patrice Jondreville, waren drei Jahre zuvor in das ehemalige Kohlerevier Nord-Pas de Calais nahe der belgischen Grenze gekommen, wo Patrice einen neuen Job antrat. Doch in Lens war dem schwulen Paar rasch durch junge Leute das Leben zur Hölle gemacht worden, so dass sie in die Kleinstadt Noeux-les-Mines umzogen. Doch auch dort wurden sie angegriffen: Im August 2003 waren Unbekannte in ihr Haus eingedrungen und hatten Sébastien zu erwürgen versucht. Der versuchte Mord von Noeux-les-Mines rief in breiten Kreisen der Gesellschaft Emotionen hervor. Präsident Jacques Chirac schickte Sébastien Nouchet persönlich einen Brief ins Krankenbett. Und Mitte März fand eine landesweite Demonstration in Paris statt, zu der SOS Homophobie aufgerufen hatte und zu der viele Schwulen- und Lesbenvereinigungen sowie ein Teil der Linken mobilisierten.

Die Aggression gegen Sébastien und Patrice ist relativ typisch für die aktuelle Form homophober Gewalt und Diskriminierung. Diese machen sich vor allem in solchen Gebieten bemerkbar, etwa im Krisenrevier Nord-Pas de Calais sowie in bestimmten Zonen Südfrankreichs, wo traditionelle geschlossene Arbeitermilieus im Implodieren begriffen sind. Dort sind viele Angehörige der sozialen „Unterschichten“, die bisher über das Arbeitsleben und eventuell durch die gewerkschaftliche Aktivität sozialisiert waren, aufgrund der massiven Erwerbslosigkeit und – aufgrund ihrer Armut und geringen Mobilität – häufig sich selbst überlassen und weitgehend isoliert. Darauf reagieren viele männliche ehemalige Industriearbeiter oder Arbeitersöhne, die sich bisher eine Identität über die Erwerbsarbeit konstruiert hatten, durch eine aggressive Verteidigung ihrer in Frage gestellten oder zerbrochenen „männlichen Rolle“ auf symbolischem Gebiet.

Heute geht die Entfesselung solcher, etwa homophoben, Aggressionen mit dem Anstieg der rechtsextremen Wähleranteile in diesen Milieus einher, da die Angebote der Linksparteien (etwa „Klassensolidarität“) dort oft nicht mehr als reale Alternative wahrgenommen werden. Lens liegt im Wahlkreis der rechtsextremen Kandidatin Marine Le Pen vom Front National, die dort bei der Parlamentswahl 2002 über 32 Prozent der Stimmen holte, und Noeux-les-Mines (gut 12.000 Einwohner) liegt im Nachbarkreis von Béthune. Die Region Nord/Pas-de-Calais, der beide Kreise angehören, ist die einzige französische Region, wo der Front National bei den Regionalparlamentswahlen im März 2004 bedeutende neue Stimmenzuwächse erhielt.

Allerdings organisiert die parteiförmige extreme Rechte als solche keine Schwulenjagd. Zumal sie selbst insofern ein gespaltenes Verhältnis zur (männlichen) Homosexualität hat, weil ihre Aktivisten zum Teil eine Faszination für männerbündische Zusammenschlüsse hegen, während andere tiefe homophobe Ressentiments haben. Es ist ihre „Basis“, die manchmal spontan gewalttätig wird.

...und politische Interessen

Das zweite Ereignis in diesem Frühjahr war der symbolische Eheschluss zwischen zwei schwulen Männern, am 5. Juni in Bègles, einer Trabantenstadt von Bordeaux. Die Heirat wurde gerichtlich annulliert, und die Regierung stellte sich auf den Standpunkt, es handele sich um einen Verstoß gegen geltendes Recht – obwohl der seit Napoléon geltende Code Civil, das bürgerliche Gesetzbuch, im Wortlaut nur von „zwei Personen“ als Voraussetzung für eine gültige Ehe spricht.

Aber im Juni war Wahlkampf, kurz vor den Europaparlamentswahlen. Die regierende Rechte musste auch den Schwulen und Lesben etwas bieten. Und so wandte sich Premierminister Jean-Pierre Raffarin noch im Juni 04 an die Schwulen- und Lesbenvereinigungen mit dem Angebot, man werde zwar die Homoehe nicht anerkennen, aber ein großes Gesetzeswerk gegen Homophobie auf den Weg bringen. Doch innerhalb der rechten Parlamentsmehrheit gab es auch dann noch deutliche, zumindest passive Widerstände. Die widerstrebenden Abgeordneten konnten sich gut hinter einem Gutachten der Konsultativkommission für Menschenrechte, CNCDH, verbergen. Dieses offizielle, aber regierungsunabhängige Gremium kam im November zu dem Schluss, im Namen des republikanischen Universalismus sei es nicht gut, neue Spezialvorschriften gegen Homophobie und Sexismus einzuführen: Durch die Vervielfachung von Normen gegen besondere Formen von Diskriminierung drohe die „Universalität der Menschenrechte“ aus dem Blick zu geraten, und es drohe die „Zersplitterung der Gesellschaft in immer mehr Communities“.

Eine starke Minderheit unter den rechten Abgeordneten fürchtete, ihre eigenen Ansichten könnten künftig an den Pranger geraten, wenn die Homophobie strafbar würde. Ob denn dann künftig auch das öffentliche Vertreten der Ansicht, die Ehe sei der Vereinigung von Mann und Frau vorbehalten, strafrechtlich verfolgt werden könne, sorgten sich einige. Andere befürchteten, wie der Abgeordnete Jean-Marc Nesme, dass nunmehr eine „Gedankenpolizei“ eingeführt und letztendlich die Idee eines Adoptivrechts für homosexuelle Paare Schritt für Schritt durchgesetzt werden solle – dabei seien „in dieser Gesellschaft nicht Homosexuelle, sondern Kinder besonders bedroht“.

Bernhard Schmid, Paris ■

Gnadenlose Weihnachtszeit im Landkreis Celle – Abschiebungsentscheidung zerreißt kurdische Familie

CELLE. Süleyman Bulut nach 12-jährigem Aufenthalt ohne seine Familie abgeschoben Celle. Der 20-jährige Süleyman Bulut, ältester Sohn einer kurdischen Familie aus Wathlingen, wurde in der Nacht von Montag auf Dienstag um ca. 3 Uhr morgens aus dem Bett geholt und ohne seine Eltern und seine sechs Geschwister in die Türkei abgeschoben. Diese rechtlich durchaus nicht zwingende Entscheidung der Ausländerbehörde macht aufs Neue deutlich, mit welcher Gnadenlosigkeit und rigiden Härte Lebensentwürfe von Menschen zerstört und Familien durch Abschiebungen auseinandergerissen werden.

Die Familie Bulut kam 1992 nach Deutschland und beantragte Asyl. Damals war Süleyman acht Jahre alt. Er lernte deutsch, besuchte die Schule und wechselte nach Erreichen des erweiterten Realschulabschlusses auf die Handelsschule. Eine Banklehre wurde ihm in Aussicht gestellt. Doch die Behörden verweigerten Süleyman die Genehmigung zu dieser Ausbildung unter Hinweis auf sein fehlendes Aufenthaltsrecht. Sie zwangen ihn, die Schule abzubrechen, drohten ihm die Abschiebung an und verpflichteten ihn zu „gemeinnütziger Tätigkeit".

Die Eltern von Süleyman erhielten nach einem mehrjährigen Asylverfahren im Mai 2004 schlussendlich ein Aufenthaltsrecht aufgrund exzessiver Gewalterfahrungen und Misshandlungen durch die türkischen Verfolgungsbehörden. Nach Auffassung des Verwaltungs erichts Lüneburg ist ihnen eine Rückkehr in die Türkei nicht zuzumuten. Auch die minderjährigen Kinder sind durch diese Entscheidung vor einer Abschiebung geschützt, nicht jedoch Süleyman, der zum Zeitpunkt der gerichtlichen Entscheidung bereits volljährig war.

Seit Mai 2003 befand sich Süleyman in regelmäßiger psychotherapeutischer Behandlung, die durch die Abschiebung gewaltsam unterbrochen wurde. Der behandelnde Facharzt Dr. Krüger diagnostizierte bei ihm eine posttraumatische Belastungsstörung und warnte, im Fall einer Abschiebung sei Süleyman hochgradig gefährdet. Süleyman werde im Fall einer Abschiebung der Boden unter den Füßen weggezogen, er verliere seine Identität und Aufgabe, in einer solchen Situation bestände eine akute Selbstmordgefährdung.

Warum hat die Ausländerbehörde des Landkreises Celle angesichts der – nach der Ablehnung des Asylantrags von Dr. Krüger erneuerten und bekräftigten - Diagnose nicht auf eine Abschiebung verzichtet und stattdessen den Aufenthalt von Süleyman bei seiner Familie weiterhin geduldet? Die rechtliche Möglichkeit dazu bestand, die von Dr. Krüger bescheinigte Suizidalität hätte als Abschiebungshindernis gewertet werden können. War für die Verantwortlichen die menschliche Härte dieses Falls nicht nachvollziehbar? Wie hartgesotten muss ein Mensch sein, um in dieser Situation dennoch die Abschiebung einzuleiten und und dabei eine Gefährdung des Lebens von Süleyman Bulut wissentlich in Kauf zu nehmen?

Die Ausländerbehörde des LK Celle spielte mit gezinkten Karten. Zwar behauptete sie gegenüber der Rechtsanwältin Sigrid Töpfer und dem Unterstützerkreis, es werde vor einer Abschiebung noch ein zweites Gutachten zur Reisefähigkeit erstellt. Die Abschiebung war jedoch längst gebucht, bevor ein solches zweites Gutachten vorlag. Dies lässt den Verdacht aufkommen, dass es der Ausländerbehörde gar nicht um eine gewissenhafte Überprüfung ging, sondern nur darum, einen Freifahrtsschein zur Durchführung der Abschiebung zu bekommen. Die Buchung einer Abschiebung im Sammelcharter über Düsseldorf dauert nach Aussagen des Landeskriminalamtes mindestens 2-3 Wochen. Das bestellte zweite Gutachten lag jedoch erst am 17.12. vor – vier Tage vor dem Abschiebungstermin.

Der beauftragte Arzt, Dr. Helmut Kunz vom Allgemeinen Krankenhaus Celle, brüstete sich bereits am Tag der Untersuchung gegenüber einer Unterstützerin, er habe schon Flugbegleitungen bei Abschiebungen gemacht, so dass Zweifel an seiner Unabhängigkeit als Gutachter sich aufdrängen. In seiner gutachterlichen Stellungnahme, die auf der Grundlage eines $2^1/2$-stündigen Gesprächs erstellt wurde, kommt Dr. Kunz zu dem Schluss, es bestehe bei Süleyman eine reaktive Depression, Suizidalität oder Fremdagressivität in Konfliktsituationen seien „nicht kalkulierbar", jedoch sei eine Abschiebung „im Beisein und Begleitung von einem in der Psychiatrie erfahrenen Arzt sowie mit polizeilicher Begleitperson durchführbar".

Tatsächlich hat sich Süleyman in der Nacht der Festnahme in einem hochgradigen Erregungszustand befunden. Nach Aussagen seiner Familie ist er von Fenster zu Fenster gesprungen, und nur das Einschreiten seiner Familie habe einen Sprung aus dem Fenster verhindert. Der Unterstützerkreis, die Anwältin und der behandelnde Arzt Dr. Krüger haben noch in der Nacht interveniert und versucht, Süleyman zu beruhigen. Der Kurde ließ sich schließlich abführen und wurde am Morgen in Begleitung eines Arztes nach Istanbul abgeschoben. Dort wurde er nach eintägiger Inhaftierung und Befragung entlassen. In Istanbul kümmert sich sein Bruder Mustafa, den die Celler Behörden bereits im Sommer zur „freiwilligen Ausreise" genötigt hatten, um Süleyman. Darüber hinaus setzt sich ein vom Unterstützerkreis engagierter Rechtsanwalt für ihn ein und versucht, die drohende Einziehung zum Kriegsdienst abzuwenden Nach Auffassung von Dr. Krüger ist das Suizidrisiko in den nächsten 14 Tage besonders hoch. Für eine „ambulante bzw. stationäre Einbindung im Rückführungsland", die zur Verhin-derung eines Selbstmords laut Gutachten von Dr. Kunz erforderlich sei, hat sich der Landkreis Celle nicht mehr zuständig gefühlt.

Der Landkreis Celle gehört zu den Ausländerbehörden, die nicht davor zurückschrecken, Familien durch Abschiebung auseinanderzureißen. Angesichts des hohen Schutzes, den Ehe und Familie nach dem Grundgesetz (Art. 6) sowie nach der Europäischen Menschenrechtskonvention (Art. 8) genießen, erscheint diese Praxis unmoralisch und unverhältnismäßig. Eine ganze Reihe von Ausländerbehörden verzichtet deshalb grundsätzlich auf die Abschiebung einzelner Familienangehörige und sucht nach gemeinsamen Lösungen. Kein Zweifel besteht jedoch daran, dass der Schutz der Familie für hier lebende Flüchtlinge im deutschen Ausländerrecht deutlich zu schwach ausgestaltet ist. Der Fall der Familie Bulut verdeutlicht noch einmal, dass für den Gesetzgeber dringender Handlungsbedarf besteht, um Flüchtlingsfamilien vor gnadenlosen Ausländerbehörden - z.B. der in Celle - zu schützen.

Quelle: Nds. Flüchtlingsrat ■

Vollversammlung der Ausländerbeiräte Bayerns (AGABY) am 27. und 28. November in Augsburg

Ausländerbeiräte fordern eine Bildungsoffensive für alle Kinder

Der bayerische Ministerpräsident Stoiber sagte in seiner Regierungserklärung am 1.12. 2004: „Grundsätzlich soll ein Kind nur dann eingeschult werden, wenn es Deutsch kann. Das müssen wir einfordern aus pädagogischer Verantwortung für die Integration ausländischer Kinder, aber auch aus Verantwortung für die deutschen Kinder. Ihr Lernfortschritt darf nicht unter den Sprachproblemen anderer leiden." Die Ausländerbeiräte sehen das Problem ganz anders und verabschiedeten die folgende Resolution..

Ausgangssituation

Trotz der Teilerfolge ist es nicht zuletzt seit PISA und Iglo bewiesen: Das deutsche Schulsystem vermag Migrantenkinder nicht angemessen zu fördern. Bayern rühmt sich zwar als nationaler Pisa-Sieger, so seien Migrantenkinder in Bayern lesekompetenter als in manch anderen Bundesländern. Dies bedeutet aber für diese Kinder keine erfolgreichere Bildungskarriere. Sie sind in den Haupt- und Sonderschulen (Förderschulen) überrepräsentiert und in den höheren Bildungsstufen unterrepräsentiert. Etwa ein Viertel der ausländischen Kinder in Bayern verlässt die Schule ohne einen Abschluss. Nach Pisa ist in keinem anderen europäischen Land der Schulerfolg so sehr von der sozialen Herkunft abhängig wie in Deutschland. Die Halbtagsschule sowie eine frühe und harte Selektion führen dazu, dass Kinder aus sozial- und bildungsschwachen Familien keine Chance bekommen, ihre Fähigkeiten unabhängig von ihrem familiären Hintergrund zu entwickeln. Trotz zahlreicher Erfolge in Modellversuchen und trotz des Engagements vieler einzelner Pädagogen und Eltern fehlt bis heute ein umfassendes Bildungs- und Schulkonzept zur Integration der Kinder und Jugendlichen nicht deutscher Muttersprache. Ein Konzept, das sowohl den bi-kulturellen und mehrsprachigen Lebenskontext dieser Kinder berücksichtigt, als auch ihm pädagogisch und didaktisch Rechnung trägt. Statt einer Öffnung der Schule in Richtung Interkulturalität und Mehrsprachigkeit erleben wir unter dem Motto „Integration" eine Zementierung des monokulturellen Charakters der Schule: Der durchaus reformbedürftige muttersprachliche Ergänzungsunterricht (MEU) wird nicht konzeptionell verbessert, sondern einfach gestrichen. Es heißt: „die Kinder sollen Deutsch lernen". Der von der Wissenschaft tausendfach bestätigte Zusammenhang zwischen dem Erst- und Zweitspracherwerb und dessen Einfluss auf die allgemeine kognitive Persönlichkeitsentwicklung der Kinder wird schlichtweg ignoriert.

Im Vorschulischen Bereich sind dagegen erste positive Ansätze zu erkennen. Die aktuellen Bemühungen des Bayerischen Sozialministeriums, die Kompetenz der Fachkräfte in den Kindertagesstätten zu verbessern (u. anderem durch Veröffentlichung von Handreichungen und neue Ansätze in der Erzieherausbildung), sind Beispiele hierfür. Eine entscheidend wichtige Verbesserung des Personalschlüssels sowie ein flächendeckendes Angebot von Maßnahmen, das die Erziehungskompetenz der Eltern in den Bereichen frühkindliche Förderung, Sprachförderung, Zweisprachigkeit und deutsches Schulsystem verbessert (z. B. Hippy), müssen noch folgen.

Das Fehlen eines angemessenen Konzeptes bedeutet nicht nur für die Migrantenkinder und -familien weiterhin schlechte Bildungs- und Zukunftschancen. Es bedeutet auch das Vergeuden der Fähigkeiten und Potenziale eines erheblichen Teils des knappen jungen Bevölkerungsanteils Deutschlands.

Forderungen

Die Delegierten der Ausländerbeiräte Bayerns fordern eine umfassende Neukonzeption des Bildungssystems. Es bedarf einer Reform des Schulsystems, die im Sinne „Interkultureller Erziehung" eine angemessene Förderung und Entwicklung von Kindern mit unterschiedlichem sprachlichen, kulturellen, religiösen, sozialen und familiären Hintergrund ermöglicht. Das „einzelne Kind" soll im Vordergrund stehen.

Notwendig sind sowohl strukturelle Veränderungen, als auch ergänzende Maßnahmen.

Aus der Sicht der Ausländerbeiräte sind folgende strukturelle Maßnahmen unbedingt erforderlich:

- Neuinvestitionen im Bereich Bildung
- Flächendeckende Einführung von Ganztagsschulen
- Längere gemeinsame Schulzeit und durchlässigere Schultypen - keine frühe Selektion
- Verkleinerung der Klassen und Kitagruppen für eine integrative Arbeit
- Bessere konzeptionelle Verzahnung der Schule und des Kindergartens,
- interkulturelle Erziehung, positive Einstellung und kompetenter Umgang mit Mehrsprachigkeit als Kernbestandteil des pädagogischen Konzepts und der Erzieher- und Lehrerausbildung
- interkulturelle Öffnung der Jugendhilfe,
- verstärkte Einstellung von Erzieher/innen und Lehrer/innen mit Migrationsintergrund und bikulturellen sowie mehrsprachigen Kompetenzen,
- Gleichbehandlung der Religionen in der Schule und beim Angebot vom Religionsunterricht auf der Grundlage der Menschenrechte und des Grundgesetzes.

Als ergänzende Maßnahmen fordern wir u.a. interkulturelle Elternbildungsprogramme, wie „Hippy"; zusätzlichen Förderunterricht für Kinder mit Förderbedarf bei Deutsch als Zweitsprache, Quali-Trainingsprogramme für benachteiligte Jugendliche, Deutschförderangebote im Kindergarten.

Die Sprachstandprüfungen müssen strengen Qualitätsprüfungen unterzogen werden, damit sie den Fachkräften als Grundlage für die Planung einer individuellen Förderung dienen können. Bei der Umsetzung der besonderen Förderangebote muss darauf geachtet werden, dass sie nicht zur Segregation der Kinder führen und nicht wie bei der Einführung der Sprachlernklassen von vielen Kindern und Eltern als Ausgrenzung empfunden werden.

Wir lehnen eine ersatzlose Streichung des muttersprachlichen Ergänzungs-Unterrichts ab und fordern einen qualitativ besseren Unterricht, sowie Notenrelevanz und Einbindung der Muttersprache in den Vormittagsunterricht. Durch bessere Koordinierung zwischen den Fachkräften im Deutschunterricht und in den muttersprachlichen Unterrichtsangeboten sollen Synergieeffekte im Lernprozess erreicht werden.

Wir fordern ein ressortübergreifendes Fachgremium auf der Landesebene!

Es ist Aufgabe des Landes, mit Schaffung eines Gremiums unter der Beteiligung zuständiger Ministerien, wissenschaftlicher Stellen, der Vertreter der Wohlfahrtsverbände, der Eltern- und Lehrerverbände, der Gewerkschaften, der AGABY, des Jugendrings eine ressortübergreifende Koordinierung der Überlegungen und Maßnahmen im Bereich interkultureller Erziehung zu ermöglichen und den Erfahrungsaustausch sowie die konzeptionelle Weiterentwicklung in diesem Bereich voranzutreiben. Regionale Informations- und Koordinierungsstellen für „interkulturelle Erziehung" sollen die Kommunen beim Erfahrungsaustausch und bei der Umsetzung konzeptioneller Vorschläge des Landes unterstützen.

www.agaby.de ■

Buch von Hans Jürgen Otte: Ungewöhnliche Erinnerungen eines Wehrmachts-Offiziers

„Die Gefangenschaft hat große Sympathie für Russland und seine Menschen in mir erweckt, so widersprüchlich das zunächst auch klingen mag. Das ist bis heute, Jahrzehnte danach, so geblieben." Dieses eher ungewöhnliche, weil durch und durch versöhnliche Fazit zieht Hans Jürgen Otte in seinem jetzt im Donat-Verlag (Bremen) erschienenen Buch „„ Bloß nicht den Russen in die Hände fallen!' – Erinnerungen eines Kampffliegers an Krieg und Gefangenschaft 1940-1947".

Otte (Jahrgang 1921) hatte sich im Oktober 1940 freiwillig und aus Überzeugung zum Kriegsdienst bei der Wehrmacht gemeldet. Er ließ sich zum Sturzkampfflieger ausbilden, wurde schließlich im April 1942 dem Sturzkampfgeschwader 77 in Südrussland zugeteilt. Im Juni 1943 geriet Otte im Range eines Leutnants in russische Gefangenschaft. Von seinem Alltag in den Lagern Susdal, Jelabuga, Kasan und Selenodolsk handelt das 213-seitige Buch des späteren Realschulrektors in Osterholz-Scharmbeck bei Bremen und SPD-Kommunalpolitikers (unter anderem von 1964 bis 1981 als Mitglied in Stadtrat und Kreistag). Geprägt war die Gefangenschaft in Russland von Hunger, Kälte, harter Arbeit, Arbeitsunfällen und Krankheiten.

Das Werk besteht im Wesentlichen aus Tagebuchaufzeichnungen, die Hans Jürgen Otte trotz Verbots während der bis August 1947 dauernden Gefangenschaft anfertigen konnte. 2001 wurden die von Otte produzierten Lyrik- und Textsammlungen im Rahmen einer Ausstellung unter dem Titel „Kennst Du Jelabuga?" erstmals der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zuvor schon hatte das „Russian Military History Journal" in St. Petersburg die Tagebuchnotizen Ottes in russischer Sprache publiziert.

Unmittelbar nach Ende der Kriegsgefangenschaft stellte Hans Jürgen Otte, der es in der Hitler-Jugend schnell zum Gefolgschaftsführer gebracht hatte, fest: „Nichts blieb übrig vom Getöse und den Sirenenklängen des Nationalsozialismus. Die Kriegsgefangenschaft war bei diesem Prozess eine heilsame Kur. Die Nachrichten über die Gräueltaten der Nazis taten ihr Übriges."

Thomas Klaus ■

„Bloß nicht den Russen in die Hände fallen! Erinnerungen eines Kampffliegers an Krieg und Gefangenschaft 1940-1947, 213 Seiten, Donat-Verlag (Bremen), ISBN 3-934836-84-4, 14 Euro

Geschicktes Spielen auf der Klaviatur der Propaganda

Neues Buch über Hitlers „Lieblings-General" Erwin Rommel

Seine militärische Laufbahn war ähnlich spektakulär wie sein tragisches Ende: Es kann nicht wirklich überraschen, dass sich um das Leben und Sterben von Generalfeldmarschall Erwin Rommel Legenden ranken. In der Regel laufen sie darauf hinaus, den so genannten „Wüstenfuchs" als Vorbild für die Bundeswehr und die heutige Jugend einzuordnen. In diesem Sinne sind nach wie vor unter anderem mehrere Bundeswehrkasernen nach Rommel benannt.

In seinem Buch „Rommel – Das Ende einer Legende" bemüht sich Ralf Georg Reuth um ein realistischeres Bild des wohl populärsten Generals des Zweiten Weltkrieges. Die Kernaussage des Berliner Journalisten und Herausgebers der Goebbels-Tagebücher in Bezug auf Erwin Rommel: In ihm spiegele sich „die deutsche Tragödie jener Zeit: dem Führer in den Untergang gefolgt zu sein und dabei geglaubt zu haben, die vaterländische Pflicht zu erfüllen".

Reuth stellt klar: „... Rommel ist ein Kind seiner Epoche, das Produkt seiner Generation und den Denk- und Verhaltensmustern der damaligen militärischen Führungsschicht verhaftet. Dies bedingte Zwänge, die aus heutiger Sicht kaum nachvollziehbar sind (...)."

Erwin Rommel kam am 15. November 1891 zur Welt und eroberte sich bereits als Offizier im Ersten Weltkrieg einen „heldenhaften" Ruf. Auf eine interessante Parallele weist Ralf Georg Reuth in seinem Buch hin: Sowohl Rommel als auch Hitler entgingen während des Weltkrieges nicht nur einmal knapp dem Tode und wurden mehrmals verwundet. Beide leiteten aus diesen Erfahrungen die Annahme ab, dass der persönliche Wille quasi Berge versetzen könnte – und sie fühlten sich mehr oder weniger stark vom Allmächtigen beschützt. Die Folge: „Bei Hitler gründeten hierin die Triebkräfte seines späteren Sendungsbewusstseins, bei Rommel eine in Ansätzen irrationale Überbewertung taktischer Möglichkeiten als Truppenführer."

Kein Mitverschwörer – sondern Intrigenopfer

Oft wird Rommel von Historikern und anderen Experten als „Lieblings-General" Hitlers bezeichnet. Und in der Tat: Viele Etappen der Rommel-Karriere lassen auf eine besondere Förderung durch den „Führer" und Reichskanzler schließen. Beim Reichsbauerntag 1934 in Goslar hatten Rommel und Hitler Seite an Seite die Front abgeschritten. Vier Jahre später wurde Erwin Rommel zum Kommandeur des Führerbegleitbataillons ernannt. Diese Aufgabe übte er zur völligen Zufriedenheit Hitlers aus, so dass bald darauf die Ernennung zum Kommandeur der Kriegsschule in der Wiener Neustadt erfolgte. Diese Schule sollte nach den Vorstellungen Hitlers mit Hilfe von Erwin Rommel die modernste Kriegsschule Europas werden.

Wenige Tage vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde Rommel von Adolf Hitler zum General gemacht. Zu dieser Zeit diente der Militär bereits als Kommandant des Führerhauptquartiers und hielt sich für rund sechs Monate täglich in der unmittelbaren Umgebung des „Führers" auf.

Im Januar 1941 stieg Rommel zum Generalleutnant auf. Zu diesem Zeitpunkt hatte er längst in Frankreich militärische Erfolge gefeiert und mit der neuen 7. Panzerdivision die erfolgreichste Einheit des Kriegsjahres 1940 aufgestellt.

Später wurde Erwin Rommel als bisher jüngster Angehöriger der Wehrmacht zum Generalobersten befördert. Im Februar 1942 war er der erste Heeresoffizier und der sechste Offizier der Wehrmacht, der von Hitler mit den Schwertern zum Eichenlaub des Ritterkreuzes ausgezeichnet wurde. Schon wenige Monate später – im Juni – avancierte Rommel zum Generalfeldmarschall. Hitler persönlich hatte dem 50-Jährigen den Marschallstab überreicht; Rommel war der jüngste General der Wehrmacht.

Weitere „berufliche Perspektiven" waren nicht ausgeschlossen. So notierte Reichspropagandaminister Joseph Goebbels am 1. Oktober 1942 in seinem Tagebuch: Rommel „ist weltanschaulich gefestigt, steht uns Nationalsozialisten nicht nur nah, sondern ist ein Nationalsozialist, er ist ein Truppenführer mit Improvisationsgabe, persönlich mutig und außerordentlich erfindungsreich. Solche Troupiers können wir brauchen. Rommel ist der kommende Oberbefehlshaber des Heeres."

Bei Goebbels war Rommel wohl gelitten, weil er durchaus auf der Klaviatur der Propaganda zu spielen verstand. Beispielsweise wurde Rommel während eines Abendessens mit Hitler in der Reichskanzlei am 22. Juni 1942 von Goebbels mit Lob überschüttet. Kaum ein General sei so von der Wichtigkeit des Propagandaeinsatzes durchdrungen. Hintergrund: Während die meisten hochrangigen Offiziere eher genervt oder verächtlich auf die Fotografen- und Kamerateams der Propagandakompanien reagierten, hofierte Rommel sie. Kein zweiter General der Wehr-

macht habe einen solch guten Draht zu den Propagandaeinheiten gehabt, führt Reuth in seinem Buch aus. Dieser Draht glühte anscheinend nicht zuletzt wegen der ausgeprägten Eitelkeit des hohen Militärs. Reuth schreibt: „Häufig ließ er ... Szenen noch einmal drehen, weil er glaubte, nicht vorteilhaft abgelichtet worden zu sein. Rommels diesbezügliche Eitelkeit war derart ausgeprägt, dass die Propagandakompanien sogar manchmal nur so taten, als filmten sie den General, um ihn bei guter Laune zu halten."

Beste Verbindungen in das Reichspropagandaministerium unterhielt Rommel über den in seinem Stab tätigen Reserveoffizier Karl Hanke. Der Staatssekretär im Goebbels-Ministerium wurde danach Gauleiter in Niederschlesien und von Hitler in der Endphase des „Dritten Reiches" zum Nachfolger des abtrünnigen Reichsführers-SS Heinrich Himmler bestimmt.

Fotografien von Heerführern und anderen Generalen durften nur mit ausdrücklicher Genehmigung von Hitler abgedruckt werden. Die einzige regelmäßige Ausnahme, die der „Führer" duldete, betraf Rommel. Erwin Rommel ließ es sich auch nicht nehmen, persönlich in dem Propagandafilm „Sieg im Westen" mitzuwirken, den Goebbels nach dem Frankreich-Feldzug drehen ließ. Sein 1937 erschienenes Buch „Infanterie greift an" wurde in der Nazi-Zeit 400.000-mal verkauft. „Wie keinen anderen General der Wehrmacht hatte ihn ... die Propaganda des Dritten Reiches hervor gehoben und wohl kalkuliert zu einem Idol aller Deutschen gemacht." Das sei allerdings nur möglich gewesen, weil die Zielsetzungen der Nazi-Propaganda und Rommels soldatischer Ehrgeiz so nahtlos ineinander gegriffen hätten, kommentiert Ralf Georg Reuth.

Laut einer Gallup-Umfrage war Rommel 1942 neben Hitler der im Ausland bekannteste Deutsche. Damals hatte er bereits in Afrika als Führer des „Sperrverbandes Afrika" viele Punkte beim „Führer" gesammelt und sein „Wüstenfuchs"-Image gepflegt. Reuth verdeutlicht: „Der unorthodoxe, moderne Panzergeneral, der sich der statischen Kriegführung sowohl der Franzosen als auch der Briten überlegen zeigte, bescherte dem System den neuen Typus des militärischen Führers. Dieser war im Denken der Nationalsozialisten Willensmensch und weniger kühler Rechner."

Im Zusammenhang mit dem von den Nazis erzwungenen Selbstmord Rommels am 14. Oktober 1944 wird der Generalfeldmarschall häufig dem Lager der militärischen Widerständler des 20. Juli zugeschlagen. Doch Ralf Georg Reuth sieht für diese These keine hinreichenden Belege. Unter der Folter hatte der Mitverschwörer des 20. Juli Caesar von Hofacker Rommels Stabschef Hans Speidel der Mitwisserschaft am Hitler-Attentat bezichtigt. Speidel behauptete daraufhin, er habe zwar von dem geplanten Anschlag erfahren, aber diese Information „pflichtgemäß" an seinen Vorgesetzten Rommel weiter gegeben. Ein „Ehrenhof des Heeres" sollte über die Glaubwürdigkeit dieser Aussage entscheiden. Weil in ihm mehrere Neider und Rivalen Rommels saßen, war das Schicksal des „Wüstenfuchses" besiegelt. Mit einer „antifaschistischen Gesinnung" hatte das nach der Überzeugung von Reuth nichts zu tun. Direkt nach dem Attentat vom 20. Juli hatte Rommel – noch an den Verletzungsfolgen eines Tieffliegerangriffes leidend – seiner Frau geschrieben: „Zu meinem Unfall hat mich das Attentat auf den Führer besonders stark erschüttert. Man kann Gott danken, dass es so gut abgegangen ist."

Thomas Klaus ■

Ralf Georg Reuth, Rommel – Das Ende einer Legende – , 19,90 Euro, Piper-Verlag München, 307 Seiten, ISBN 3-492-04674-6

:ostritt

Zwei Wochen lang, so berichtet der Deutsche Ostdienst zufrieden, widmete sich der Deutschlandfunk gegen Ende des vergangenen Jahres dem Thema „Flucht und Vertreibung". „Warum", so fragt sich das Blatt, „werden diese Ereignisse gerade jetzt im Programm aufgegriffen?" Dr. Günter Müchler, Programmdirektor von Deutschlandfunk und DeutschlandRadio Berlin, gibt der „Vertriebenen"-Zeitschrift bereitwillig Auskunft.

„Flucht und Vertreibung", erklärt Müchler, „sind Teil unserer kollektiven Erinnerung. Wir müssen darüber sprechen". „Flucht und Vertreibung als Massenschicksal" – der Deutschlandfunk-Programmdirektor bedient ein weiteres Stereotyp – „war über Jahrzehnte bei uns tabuisiert." „Inzwischen", fährt er fort, „ist ein freier Diskurs über diesen Zeitabschnitt möglich. Ich finde

das erfreulich." Und daher bringt der öffentlich-rechtliche Sender parallel zur Sendereihe eine Doppel-CD mit „Zeitzeugenberichten" heraus, gemeinsam mit der Körber-Stiftung plant der Sender eine Buchveröffentlichung zum Thema.

Während die Anliegen der „Vertriebenen"-Verbände im Landesinnern Fortschritte machen, beklagt Erika Steinbach im Ausland weiterhin Widerstand. Zwar gebe es Unterschiede, vermerkt die BdV-Präsidentin:

„Die Slowakei pflegt seitens der dortigen Regierung seit vielen Jahren einen intensiven Kontakt zu den Vertriebenen. Es finden ständig Gespräche statt." In verschiedenen Staaten gibt es „lebendige Partnerschaften der deutschen Heimatkreise zu den jeweiligen Stadtregierungen".

Doch Steinbach warnt: „Ganz anders in Tschechien. Hier gibt es eine Abschottung zu den Sudetendeutschen mit massiven Aggressionen bis hin zu menschenrechtsfeindlichen Äußerungen und Beschlüssen im Parlament." Im neuen Europa, da ist sich die BdV-Präsidentin mit dem Deutschlandfunk-Programmdirektor einig, muss man über die „Vertreibung" und mit den „Vertriebenen" sprechen. Wer sich – wie die Tschechische Republik – weigert, wird schon sehen, was er davon hat: „Den Schaden davon", droht Steinbach, „tragen in erster Linie nicht die Sudetendeutschen, sondern die Tschechen."

jk (nach DOD 12/2004) ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Faschisten stricken an Europäischer Front

Deutsche Stimme, Dezember 2004

Die Dezember Ausgabe des NPD-Parteiorgans „Deutsche Stimme“ berichtet stolz über Versuche, eine „Nationale Europäische Front“ unter Führung der NPD als europäisches Wahlbündnis aufzubauen. Beim Besuch des Parteichefs Udo Voigt in Spanien sei „absoluter Höhepunkt“ die Unterzeichnung einer „Kooperationsvereinbarung“ gewesen, dessen Ziel die „Gründung einer gemeinsamen europäischen Wahlplattform für die Europawahlen“ ist. Die Vereinbarung mit der Falange wurde am „historischen Schreibtisch“ ihres Gründers José Antonio Primo de Rivera unterzeichnet. Die Falange ist der direkte Nachfolger der faschistischen Staatspartei der Franco-Diktatur. Bei den Aktivitäten zum Gedenken an Rivera, forderte Voigt auch die Teilnehmer aus Italien, England, Frankreich und Rumänien auf, sich am deutschen Vorbild zu orientieren, am „Zusammenschluss von NPD, DVU und freien Kameradschaften“. Darin käme der NPD eine „historische Vorreiterrolle“ zu, die Voigt wohl auch für die europäische Front anstrebt. Alle „europäischen Nationalisten“ werden aufgefordert, sich der „Achse Madrid-Berlin“ anzuschließen, damit in baldiger Zukunft eine europäische Rechtspartei entstehen kann“.

Deutschland-Pakt

Nationalzeitung 2/05 vom 7. Januar 2005

Am Samstag, den 15. Januar wollen der Bundesvorsitzende der DVU Dr. Frey und Udo Voigt von der NPD den „Deutschland-Pakt der beiden Parteien zur Rettung unseres deutschen Vaterlandes“ unterzeichnen. Gemeinsam werden die Parteien eine Unterschriftenaktion „Nein zum EU-Beitritt der Türkei durchführen“, für Frey gleichzeitig Anlass unter dem Motto „Das Abendland darf nicht untergehen“ mal wieder massiv für Spenden zu werben. Da die CDU/CSU „zu ängstlich“ sei, die Aktion in Angriff zu nehmen, übernehme die DVU in Zusammenarbeit mit der NPD diese Aufgabe. In dieser „Lebensfrage“ sei man auf „größtmögliche“ Spenden angewiesen.

„Das Signal von Köln“

nation24.de, 4. Quartal 2004

Herausgeber *Manfred Rouhs* leidet mal wieder an Selbstüberschätzung. „Das Signal von Köln: Jetzt geht’s los!? Über die ersten Schritte auf dem langen Marsch der Deutschen zu sich selbst“ titelt er seinen Besinnungsaufsatz über den Erfolg seiner „Bürgerbewegung pro Köln“ bei den Kommunalwahlen. Die NPD ziehe „mit einem großen braunen Sack durch’s Land“ und sobald sie darin möglichst weite Teile der rechten Szene eingesammelt habe, könne der Bundesminister des Innern den Sack zuschnüren, wann immer er wolle. Sein Ideal: „ein weltoffener demokratischer Patriotismus, dessen Träger nicht in Nostalgie schwelgen, sondern konkrete Lösungen für die Probleme von heute erarbeiten“. Er kündigt an, dass in diesem Sinne „von Köln aus im neuen Jahr Impulse für die politische Erneuerung unseres Landes“ ausgehen werden. Gleich daneben platziert ist eine Polemik gegen eine Zusammenarbeit mit Udo Voigt, neben dessen Bild Voigts Äußerung steht: „Zweifellos handelt es sich bei Hitler um einen großen Staatsmann“. Voigt sei ein Feind des demokratischen Rechtsstaats Bundesrepublik. „Patrioten“ müssten klar Stellung beziehen gegen die „Diktaturen von gestern“, „für Nation und Demokratie“, „für den Rechtsstaat“, „für die freie Republik“, so Rouhs. Das schreibt derselbe, der in „Europa Vorn“, das jetzt „nation24“ heißt, auch schon mal einen David Irving unkommentiert zu Wort kommen ließ, der damals prophezeite, dass man bald wieder Straßen und Plätze nach Hitler benennen werde.

Bosnische Verhältnisse

Junge Freiheit 52-53/04 vom 17./24. Dezember 2004

Wieder einmal interviewt das Blatt Peter Scholl-Latour, diesmal zu den Folgen eines EU-Beitritts der Türkei. Scholl-Latour begründet ausführlich seine Ablehnung eines EU-Beitritts: „... die Türkei wird bald das mit Abstand bevölkerungsreichste Land der EU sein – und dementsprechend großen Einfluss im Parlament ausüben. Zweitens käme es zu einer enormen wirtschaftlichen Belastung für die EU. Drittens würden in Deutschland türkische Pareteien entstehen... Schließlich käme es ... zur millionenfachen Einwanderung nach Deutschland. An Integration ist dann nicht mehr zu denken, dann haben wir hier bosnische Verhältnisse! Eine solche Einwanderung zu tolerieren, wäre eine eklatante Vernachlässigung unserer nationalen Interessen...“ Gefragt, ob er Helmut Schmidts Einschätzung teile, dass es falsch gewesen sei, in den sechziger Jahren „Gastarbeiter“ ins Land zu holen, stimmt Scholl-Latour zu. Er betrachte die Einwanderer auch als Opfer, die „aus Gewinnsucht und ohne Rücksicht auf ihre Bedürfnisse ins Land geholt wurde(n).“„Auch heute steht hinter der EU-Beitritts-Lobby die Raffgier der deutschen Wirtschaft“. „Sehen unsere Politiker denn nicht, daß man eine Zivilisation zugrunde richten kann“, fragt Scholl-Latour, um theatralisch mit einem Zitat Paul Valerys zu schließen „Im Abgrund der Geschichte ist Platz für alle.“ Wohl wahr. Aber einige wünscht man sich doch besonders dorthin. *u.b.* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

„2000 Euro für die Antifa-Nachrichten“

**Das Spendenziel ist fast erreicht!
Vielen Dank!
Eingetroffen sind jetzt 1850,- Euro.
Vielleicht schaffen wir ja auch noch den Rest...**

**Spendenkonto:
GNN-Verlag, Postbank Köln,
Kto. 10419507, BLZ 370 100 50**